

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Trümmerband 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ausland 2 Mark für das Jahre. Ausland 2 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erklingt täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Kredigt für die sechsmonatige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Kreise 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf., (zuletzt 2 fertige Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellungs- und Schlafstellenanzeigen das fertige Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. Juli 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Kleinbäuerliche Haushaltsrechnungen.

Die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz hat vor einiger Zeit ein wirtschaftsstatistisches Werkchen veröffentlicht, das die aufmerksamste Beachtung aller Sozialpolitiker verdient. Das Schriftchen enthält die Jahreswirtschaftsrechnungen von dreißig Kleinbauern und Landarbeitern und bietet ein außerordentlich interessantes und reichhaltiges Material zur Beurteilung der sozialen Lage der kleinen Landleute.

Von den 30 untersuchten Wirtschaftrechnungen stammen 19 von selbständigen Landwirten, 7 von solchen Kleinbauern, die nebenbei Tagelöhnerarbeiten verrichten und 4 von nur Tagelöhnern. Die erste Gruppe bewirtschaftet 16-77 Morgen Land, im Durchschnitt 39 1/2 Morgen; davon beträgt die landwirtschaftlich genutzte Fläche 28 Morgen. Die zweite Gruppe bewirtschaftet 7-46 Morgen oder durchschnittlich 24 1/2 Morgen, davon 16 1/2 Morgen landwirtschaftlich ausgenutzt werden. Die Fläche ist nicht so groß, daß ihre Erträge zum Lebensunterhalt der Familien dieser Landwirte ausreichen, weshalb die Männer und teilweise auch die Frauen und Kinder noch nebenbei Lohnarbeit verrichten. Die Tagelöhner bebauen durchschnittlich noch 2 1/2 Morgen Land.

Es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten der Erhebung einzugehen; wir wollen nur an der Hand der Ergebnisse der Einkommens- und der Verbraucherechnungen zeigen, unter welchen Existenzbedingungen die Kleinbauern und Tagelöhner leben.

Ueber die baren Einnahmen der untersuchten Gruppen gibt folgende Aufstellung Aufschluß:

	Zahl der Haushaltungen	Gesamt-Einnahmen	Einnahme aus dem landw. Betr.	Einnahme aus dem Arbeitslohn	Sonstige Einnahmen
Landwirte	19	1980,08	1791,08	108,50	80,88
Landw. u. Tagelöhner	7	1219,85	862,12	850,50	6,78
Tagelöhner	4	1298,81	595,08	746,02	17,21

Hiernach haben also die selbständigen Landwirte die größte Bareinnahme; sie ziehen sie fast ausschließlich aus dem landwirtschaftlichen Betriebe. Die geringsten Einnahmen haben die Landwirte, die noch nebenbei Tagelöhnerarbeiten verrichten; ihre Einnahmen stammen zu zwei Dritteln aus dem Wirtschaftsbetriebe und zu einem Drittel aus Lohnarbeit. Die Tagelöhner haben hinsichtlich der Bareinnahme günstiger als die tagelöhnernden Landwirte; ihnen bringt die Lohnarbeit die Haupteinnahme.

Von den baren Einnahmen verschieden ist das tatsächliche Einkommen der Familien. Um das zu ermitteln, müssen auch die Wirtschaftsleistungen für den eigenen Verbrauch, nach Abzug der Wirtschaftsaufwendungen, in Rechnung gestellt werden. Als Wirtschaftsleistungen wurden von der Landwirtschaftskammer gerechnet: die baren Wirtschaftseinnahmen, die ausstehenden Wirtschaftsforderungen, das Mehr des Jahresabschlusses gegenüber dem Anfangsbestand an Vieh und Vorräten, der Wert der im Haushalt verbrauchten Wirtschaftserzeugnisse und der Mietwert der Wohnung, der schätzungsweise ermittelt wurde. Zu den Wirtschaftsaufwendungen wurden gerechnet: die baren Wirtschaftsausgaben, abzüglich der Erweiterungen an Gebäuden und Maschinen, die ausstehenden Wirtschaftsschulden, das Weniger des Jahresabschlusses gegenüber dem Anfangsbestand an Vieh und Vorräten, die Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen und die Befristung von Tagelöhnern und Handwerkern, die für die Wirtschaft tätig waren.

Bei der Feststellung des tatsächlichen Einkommens hat die Landwirtschaftskammer eine weitere Gruppierung der Wirtschaftrechnungen in der Weise vorgenommen, daß sie die Rechnungen der selbständigen Landwirte teilte in eine solche der größeren und der kleineren Kleinbauern. Dabei ergab sich dann, daß die 10 Familien der größeren Kleinbauern ein durchschnittliches Einkommen von 2811,88 M. hatten, die neun Familien der kleineren Klein- oder die Zwergbauern erzielten ein durchschnittliches Einkommen von 1227,71 M., die sieben Familien der tagelöhnernden Landwirte ein solches von 190,15 M. und die vier Familien der Landarbeiter ein solches von 1309,69 M.

Die Zahlen lassen erkennen, daß die Einkommensverhältnisse der kleinen Landleute im allgemeinen wenig rosig sind. Abgesehen von der ersten Gruppe, die über ein einigermaßen ausreichendes Einkommen verfügt und daher zum mittleren Bauerntum gerechnet werden muß, ist das Einkommen der übrigen Gruppen mehr als bescheiden. Das der tagelöhnernden Landwirte entspricht ungefähr dem Einkommen qualifizierter städtischer Arbeiter, wohingegen das der nur-Tagelöhner und der Zwergbauern weit dahinter zurückbleibt und etwa auf der Höhe des Einkommens der städtischen ungelernten Arbeiter steht.

Diese Tatsachen sind um so bedeutungsvoller, als es die große Masse der rheinischen ländlichen Bevölkerung ist, die unter solchen unzulänglichen Einkommensverhältnissen lebt. Einige Zahlen aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik

werden das illustrieren. Von den Landwirten, die nach der Erhebung das höchste Einkommen aufweisen, werden zwischen 5 und 20 Hektar Land bearbeitet. Die Zwergbauern und die Tagelöhner bewirtschaften meist unter 5 Hektar. Läßt man nun die Tagelöhner mit unter 1 Hektar Grundbesitz, deren proletarische Lebenshaltung außer allem Zweifel steht, unberücksichtigt, und stellt man dann den 74 015 landwirtschaftlichen Betrieben über 5 Hektar die 143 209 Betriebe von 1-5 Hektar gegenüber, dann ergibt sich, daß rund zwei Drittel — genau 66 Prozent — der rein oder doch vorwiegend bäuerlichen Betriebe im Rheinland ihren Inhabern ein ausreichendes Einkommen gewähren. Man kann also mit Recht sagen, daß außer den Tagelöhnern auch die Klasse der kleinen Bauern in proletarischen Verhältnissen lebt. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß in den Einkommenszahlen der Arbeitslohn für die Tätigkeit des Mannes, der Frau und der Angehörigen im eigenen Betriebe sowie die Verzinsung des gesamten Gutskapitals enthalten ist. Der Bearbeiter der Erhebung sagt nicht mit Unrecht: „Würde man von dem Einkommen unserer Landwirte eine angemessene Verzinsung der im landwirtschaftlichen Betriebe stehenden Kapitalien in Abzug bringen, so würde für die Tätigkeit des Landwirts, seiner Frau, Kinder und Angehörigen ein ganz bescheidener Lohn verbleiben“.

Zeigen schon die Einkommensziffern, daß die Masse der ländlichen Bevölkerung nicht besser, teilweise sogar noch schlechter gestellt ist als das Gros der städtischen Arbeiter, so noch mehr die Angaben, die die Landwirtschaftskammer über den Nahrungsmittelaufwand der von ihr untersuchten Familien macht. Hierbei stellt sie den Haushaltsaufwendungen der Bauernfamilien die Aufwendungen gegenüber, die vom Kaiserlich Statistischen Amt im Jahre 1907 und vom Metallarbeiterverband im Jahre 1908 bei einer Anzahl städtischer Arbeiter und Angestellten ermittelt worden sind. Hiernach betragen die Ausgaben pro Haushalt:

	Nach dem Erheb. des Stat. Amtes	Nach d. Erheb. d. Metallarbeiterverbandes	Nach d. Erheb. d. Landwirtschaftskammer
Nahrungsmittel	998,21	955,22	1198,48
Kleidung	204,67	285,11	188,85
Wohnung	312,52	284,09	85,00
Heizung und Beleuchtung	77,99	77,78	48,68
Sonstiges	803,67	298,13	291,91

Die Landwirtschaftskammer rechnet durch diese Gegenüberstellung einen Mehrverbrauch an Nahrungsmitteln im Werte von rund 200 M. pro Bauernfamilie heraus. Die Rechnung ist aber irreführend. Ein solcher Mehrverbrauch konnte nur deshalb festgestellt werden, weil die Landwirtschaftskammer die Rechnungen der mittelbäuerlichen Betriebe, deren Inhaber, wie oben dargelegt wurde, schon zu den wohlhabenden Landwirten gerechnet werden müssen, mit denen der Tagelöhner und Zwergbauern zusammenwirft. Es läßt sich aber nur Gleiches mit Gleichem gegeneinander abwerten, und so durften in diesem Falle nur die Einkommen der wirklichen Kleinbauern und Landarbeiter mit denen der städtischen Arbeiter und kleinen Angestellten verglichen werden. Geschieht das, dann beträgt der Aufwand für Lebensmittel in den kleinbäuerlichen Haushaltungen nur 1000 M.; er ist also im Durchschnitt nur wenig größer als in den städtischen Arbeiterfamilien. Damit ist die weit verbreitete Annahme, daß die Landbewohner im allgemeinen bedeutend billiger und besser leben als die städtischen Arbeiter, als unzutreffend erwiesen. Allein bei den Ausgaben für die Wohnung steht sich der Landmann besser. Er leidet ja nicht unter dem Druck der städtischen Bodenspekulation! Dafür bezahlt er aber Schuldzinsen an den Hypothekengläubiger. Im Durchschnitt sind in den untersuchten Wirtschaftrechnungen 40,85 M. Zinsausgaben angegeben, und ferner sind in den „sonstigen Ausgaben“ 33,66 M. für Ersparnisse (?) und Schuldentilgung verzeichnet. Der Vorteil der billigen Wohnung reicht jedenfalls lange nicht aus, um eine den Anforderungen nur einigermaßen genügende Ernährung zu ermöglichen.

Hierfür erbringt die Erhebung über die Mengen des Nahrungsmittelverbrauchs in den bäuerlichen Familien selbst ein lehrreiches Tatsachenmaterial. Im Gesamtdurchschnitt aller Haushaltungen wurden von den wichtigsten Nahrungsmitteln folgende Mengen verbraucht:

	pro Familie	pro Kopf
Fleisch und Speck	172,05 Kilogr.	29,9 Kilogr.
Butter	70,65	11,75
Eier	558,5 Stück	93,3 Stück
Kartoffeln	33,85 Zentner	5,46 Zentner
Bollmehl	677 Liter	109,5 Liter
Wasser- und Buttermilch	523,9	74,4
Brot	967,6 Kilogr.	151,95 Kilogr.
Mehl	240,8	42,1

Vor allem fällt der große Verbrauch der nährwertarmen Kartoffeln auf, die ein Hauptnahrungsmittel der minderbemittelten Bauernfamilien sind. Die nährwertreichen Nahrungsmittel weisen dagegen einen äußerst geringen Verbrauch auf; besonders der Fleisch- und Fettkonsum ist minimal. Der Fleischkonsum erreicht kaum die Hälfte des allgemeinen Durchschnittsverbrauchs, der in Deutschland auf 53 Kilogramm pro Kopf berechnet ist. Das

würde indessen kein großer Nachteil sein, wenn die übrigen Lebensmittel in ausreichender Menge verzehrt würden. Das ist aber nicht der Fall. Einen zuverlässigen Maßstab zur Beurteilung dieser Frage bietet das von der Wissenschaft aufgestellte Mindestkostmaß für die Ernährung eines erwachsenen Mannes auf dem Lande. Nach der von Dr. Kaup in seinem Werke „Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung“ gegebenen Zusammenstellung verbraucht eine erwachsene männliche Person, wenn bei gewöhnlicher Arbeit die zum Körperhaushalt erforderlichen Mengen von Eiweiß, Fett und Kohlenhydraten sicher gestellt werden sollen: 275 Kilogramm Brot, 200 Kilogramm Kartoffeln, 40 Kilogramm Gemüse und Hülsenfrüchte, 350 Liter Milch, 30 Kilogramm Fett und 60 Kilogramm Fleisch.

Mit diesen Nahrungsmittelmengen, die durchaus noch keine üppige Lebenshaltung gestatten, vergleiche man einmal die von den Bauern und Tagelöhnern verzehrten Lebensmittel! Allein die Kartoffeln werden in ausreichender Menge verbraucht, bei den übrigen Nahrungsmitteln erreicht der Konsum nur einen Bruchteil des wissenschaftlich geforderten Kostmaßes. Zwar läßt die Landwirtschaftskammer bei der Ermittlung des Verbrauchs pro Kopf den geringeren Verzehr der Kinder unberücksichtigt, der den erwachsenen Personen zugute kommt, aber dieser Mangel der Erhebung wird andererseits, soweit die Zwergbauern und Tagelöhner in Frage kommen, zum größten Teil dadurch aufgehoben, daß in den durchschnittlichen Verbrauchsmengen wieder die der wohlhabenden Bauern einbezogen worden sind. Scheidet man deren Wirtschaftrechnungen aus, dann ergeben sich für die übrigen noch ungünstigere Resultate als die in der Tabelle dargestellten. Selbst wenn man die vom Kaiserlich Statistischen Amt nach Alter und Geschlecht der Familienmitglieder beobachteten Verbrauchseinheitsfuge zugrunde legt, wobei jede der untersuchten Familien eine Kopfstärke von 3,9 zählt, erreicht der Konsum nur bei Brot und Kartoffeln das notwendige Kostmaß.

Im übrigen ist noch die außerordentlich wichtige Tatsache festzustellen, daß bei manchem Nahrungsmittel ein beträchtlicher Teil erst zugekauft werden mußte, bei Fleisch etwa 23 Proz., bei Butter und anderem Fett etwa 28 Proz. und bei Brot und Mehl rund 30 Proz. des gesamten Verbrauchs.

Daß unzulängliche Ernährung die schädlichsten Folgen für die bäuerliche Bevölkerung mit sich bringt, liegt auf der Hand. Auch die Landwirtschaftskammer kann die harten Tatsachen ihrer Erhebung nicht aus der Welt schaffen. Sie gibt zwar zu, daß „vereinzelt (!) auf dem Lande eine Unterernährung oder eine unrationelle Ernährung beobachtet werden könne“; sie sucht aber die Ursachen in dem angeblichen „Mangel an dem nötigen Verständnis und der erforderlichen Sorgfalt zur Zubereitung der Nahrungsmittel“. Vielfach ist, nach ihrer Meinung, eine Unterernährung auch darauf zurückzuführen, daß der Mann viel Geld für alkoholische Getränke oder die Frau für Putzartikel ausgabe und daß die Frau nicht zu wirtschaften verstehe. Das ist die bekannte bequeme Methode der bürgerlichen Lobredner, die die wirklichen Ursachen dieser Erscheinungen nicht zu erfassen vermögen. Immerhin gibt der Bearbeiter der Erhebung zu, daß eine oberflächliche Schätzung des Nährwertes der verbrauchten Nahrungsmittel vermutlich ergeben werde, daß die untersuchten Bauernfamilien die von der Wissenschaft berechnete Norm nicht erreichen“.

Alles in allem beweist die Erhebung der Rheinischen Landwirtschaftskammer, daß das Einkommen und damit die Ernährung der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung viel zu wünschenswert übrig läßt. Es besteht auch keine Hoffnung, daß es in absehbarer Zeit besser wird, denn die Landleute sind den niederdrückendsten Tendenzen der kapitalistischen Warenwirtschaft bis jetzt noch wehrlos preisgegeben, während es dem industriellen Proletariat möglich gewesen ist, durch seine starken gewerkschaftlichen und politischen Organisationen den Vereindungsstendenzen des Kapitalismus wenigstens teilweise mit Erfolg entgegenzuwirken.

Sunyatsen

über die chinesische Revolution und ihre nächsten Aufgaben.

Vor einiger Zeit hat Dr. Sunyatsen in Shanghai eine Rede gehalten, die für den europäischen Sozialisten interessant genug ist. Sie zeugt von einer für einen Chinesen schätzenswerten Klarheit über die vom Gange der Dinge dem neuen China gestellten Aufgaben und eine Sicherheit in der Wahl der Maßnahmen, die notwendig sind, um die Entstehung einer neuen Despotie, die vielmal schlimmer ist als die gestürzte, des Kapitalismus, zu verhindern. Durch die Rede wird die Meinung nicht unwesentlich eingeschränkt, der Kapitalismus habe nun in China seine prächtigste Gelegenheit zur ungehemmten Verfolgung seiner Pläne und eine durch nichts gestörte Profitquelle erhalten. Gewiß, der Kapitalismus wird China heimsuchen wie jedes andere Reich der Erde. Ihn auszuschließen, ist weder möglich noch liegt es im Interesse der Entwicklung der neuen Republik. Wohl aber kann Kluge Voraussicht ihm in seinen Wüchsen jähren Fesseln anlegen, die seine Kleppigkeit auf Kosten des Volksganges hintenanhält. Das Haupt der revolutionären Partei Chinas glaubt dies möglich durch eine Reformierung der Grundsteuer. Doch lassen wir ihn selbst sprechen. Nach dem „Chinesen Recorder“ sagte Sunyatsen:

Die Republik ist in China nun etabliert. Wenn ich das Amt des provisorischen Präsidenten der Republik niedergelegt habe, so soll das nicht heißen, ich wolle aufhören für unsere Sache zu streiten. Im Gegenteil. Durch die Niederlegung meiner Funktion habe ich Freiheit und Ruhe bekommen, meine Kräfte den viel größeren Aufgaben zuzuwenden. China stand 270 Jahre lang unter der Herrschaft der Mandchus. Während dieser Zeit ist wiederholt versucht worden, die Unabhängigkeit zurück zu erobern. Die Taiping-Rebellion vor einem halben Jahrhundert war ein solcher Versuch. Jedoch war dies nur ein Klassenkrieg. Selbst, wenn dieser Aufstand erfolgreich gewesen wäre, das Land würde dennoch unter einem autokratischen Regime weiter zu leiden gehabt haben. . . .

Vor einigen Jahren kamen einige unter uns in Japan zusammen und wir gründeten die Revolutionäre Partei. Drei große Grundsätze wurden aufgestellt:

1. Die Freiheit der chinesischen Rasse.
2. Die Regierung des Volkes durch das Volk.
3. Ausschließliches Verfügungsrecht des Volkes über die Produkte des Landes und seiner Arbeit.

Die beiden ersten Grundsätze sind durch die Abankung der Mandchudynastie realisiert worden; die ökonomische Umwälzung zu realisieren, bleibt uns noch. Sie ist heute der Gegenstand der allgemeinen Diskussion, nur versteht die Mehrheit des chinesischen Volkes nicht die ganze Tragweite dieser Frage. Sie nehmen an, der Zweck der politischen Wiedergeburt Chinas sei einzig und allein, aus ihm einen mächtigen, den großen Nationen des Westens ebenbürtigen (Militär-) Staat zu machen. Aber das ist nicht das Ziel unserer Anstrengungen.

Es gibt heute keine Nationen, die reicher sind als England und Amerika, und keine, die aufgeklärter ist als Frankreich. England ist eine konstitutionelle Monarchie und Amerika und Frankreich sind Republiken. Dessenungeachtet ist in allen diesen Ländern die Kluft zwischen Armen und Reichen zu groß, und die Idee der Revolution bewegt die Hirne ihrer Bürger. Wenn sich dort eine soziale Revolution nicht vollzieht, bleibt die Mehrheit des Volkes von dem Wohlstand und der Lebensfreude ausgeschlossen. Heute ist die Glückseligkeit nur auf eine kleine Zahl Kapitalisten beschränkt. Die Masse der Arbeiter leidet bitter und kann keinen Frieden haben.

Die Revolution einer Masse, wie auch eine politische Umwälzung, sind leicht zu vollziehen, aber die Umwälzung der Gesellschaft ist schwieriger. Nur ein Volk von großer Vollkommenheit ist fähig, eine soziale Revolution durchzuführen.

Einige sagen: Bis hierher war eure Revolution ein Erfolg, warum nun nicht zufrieden sein und abwarten? Warum versuchen zu vollenden, was England und Amerika mit ihrem Reichtum und ihrer Wissenschaft bis heute unterlassen haben zu versuchen? Den Nachschlag, der aus diesen Fragen spricht zu befolgen, wäre eine schlechte Politik, denn in Amerika und England sind Zivilisationen und Industrie entwickelt, eingewurzelt, und eine soziale Umwälzung wird darum schwer sein. Wir in China sind noch nicht soweit. Eine soziale Revolution ist für uns verhältnismäßig leicht; wir sind in der Lage dem kapitalistischen Regime vorzubauen. In den kapitalistischen Ländern werden die bestehenden Interessen sehr wirksam verteidigt und es ist schwer, sie auf eine andere Basis zu bringen. In China gibt es bis heute weder befestigte Interessen noch Kapitalisten, aus diesem Grunde ist eine soziale Umwälzung relativ weniger schwierig. Man fragt mich oft, ob eine solche Umwälzung die Anwendung von Waffengewalt notwendig mache. In Amerika und England ja, aber nicht in China. Der Streit der britischen Kolonien bestätigt meine Worte, und doch war dieser keine Revolution, sondern nur einfach der vom Volke ausgeübte Wunsch nach Besitz der Reichthumsquellen des Landes und es scheint, daß nur durch Gewalt dieses Verlangen erfüllt werden wird. Es mag freilich sein, daß (auch für uns) der Vollzug einer sozialen Umwälzung schwierig werden kann, aber wir vermögen doch immerhin die Stunde zu sehen, wo sie zur vollendeten Tatsache wird, und haben nicht nötig, von verzweifelten Mitteln zu sprechen oder von einer Gefahr für den Staat, die ihre Realisierung erfordert oder mit sich bringt.

Wenn wir am Anfang des Bestehens der chinesischen Republik unterlassen würden, uns gegen die in sehr naher Zukunft winkende Etablierung des kapitalistischen Regimes zur Wehr zu setzen, so würde uns ein neuer Despotismus erwarten, ein Despotismus zehnmal schrecklicher als der der Mandchus, und Ströme Blutes würden notwendig werden, und wieder davon zu befreien. Welch traurige Perspektive!

Eine Frage erhebt sich insonderheit unsere ganze Aufmerksamkeit: Sobald unsere neue Regierung befestigt ist, wird es notwendig werden, die Frage des immobilien Eigentums zu regeln. Das ist die notwendige Folge der Revolution. Das Interesse des Fortschritts gebietet es. Bis heute entrichteten die Grundbesitzer eine Steuer für den Flächeninhalt ihres Bodens, der in drei Klassen eingeteilt worden war: in guten, mittelmäßigen und gewöhnlichen. In Zukunft wird die Basis der Steuer der Wert des Grundbesitzes zu bilden haben, denn die Qualität des Bodens variiert weniger gleichmäßig als in drei Klassen vorgegeben. Es ist schwer zu sagen, in welchem Maße der Wert des immobilien Eigentums in Kaufung mit dem am Bund (die prächtige europäische Geschäftsstraße) in Shanghai variiert und mit der Anwendung der bisherigen Methode wäre nicht zu einer gerechten Steuereinschätzung zu kommen. Der hochwertige Grund und Boden gehört reichen Leuten. Diese mit einer höheren Steuer belegen, würde keine Unterdrückung bedeuten. Der minderwertige Boden gehört armen Leuten, die in weit abgelegenen Distrikten wohnen; diese sollten so gering wie nur möglich besteuert werden. Heute wird für den Grundbesitz am Bund und für den des Bauern der gleiche Steuersatz erhoben. Und der Wert des Baugrundes in Shanghai ist im letzten Jahrhundert gehntausendmal gestiegen.

China ist am Vorabend einer gewaltigen industriellen Entwicklung; der Handel wird sich in ungeheurer Weise ausdehnen, und in fünfzig Jahren werden wir viele Städte wie Shanghai haben. Wir brauchen nur die Klugheit zu besitzen, unsere Zukunft richtig zu deuten. Wir haben gleich jetzt festzulegen, daß der wachsende Wert des immobilien Besitzes dem Volk zugute kommt, das ihn allein geschaffen hat und nicht den privaten Kapitalisten, die nur durch Zufall zu Grundbesitzern wurden.

Somit Sunyatsen. Ob diese Augen und staatsmännischen Gedanken sich gegenüber den Ausbeutungstendenzen des in- und ausländischen Kapitals und den mannigfaltigen konterrevolutionären Mächten zum Trost werden durchgeführt werden können, ist eine Frage, die sich erst im Laufe der Zeit beantworten läßt.

Der Krieg.

Nachtritt des Ministeriums.

Konstantinopel, 17. Juli. Das Kabinett ist zurückgetreten. Die Demission ist verurteilt worden durch die Schwierigkeiten, die sich im letzten Augenblick für die Uebernahme des Kriegsministeriums durch Mahmud Muktar erhoben, dessen Bedingungen, namentlich soweit sie Albanien

betrafen, als unannehmbar angesehen wurden. Auch die gestern abend gegebene Demission des Marineministers hat zum Nachtritt des Kabinetts beigetragen.

Die Offiziersbewegung.

Konstantinopel, 17. Juli. Nach Informationen aus jungtürkischen Kreisen scheint die Bewegung unter den Offizieren, zum mindesten vorläufig, fehlgeschlagen zu sein. 80 Proz. der Offiziere seien dem Komitee treu geblieben. Ueberallhin werden Emirsare entsandt, um die Offiziere zugunsten des Komitees zu beeinflussen.

Der Kampf mit den Rebellen.

Konstantinopel, 17. Juli. Wie aus Uesküb gemeldet wird, sind die militärischen Operationen gegen die Rebellen von Lob erfolgreich. Die Lage in der Gegend von Pristina hat sich gebessert. Der Wali von Kossowo ist nach Uesküb zurückgekehrt.

Kriegstaten.

Konstantinopel, 17. Juli. Italienische Kriegsschiffe haben einen Dampfer der Rhedivial Mail Line angehalten, der Post für Hodeida und Djeddah an Bord hatte, haben eine fünfstündige Untersuchung vorgenommen und fünf Postfässer mit Beschlag belegt.

Italienische Transportschiffe haben auf der Insel Kos 400 italienische Verwundete aus Janzur ausgeschifft.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Juli 1912.

Betrübte Lohgerber.

Die „Voss. Zig.“ und das „Berl. Tagebl.“ sind tief betrübt. In Italien ist ihres Herzens heißer Wunsch in Erfüllung gegangen, die Arbeiterpartei hat sich gespalten und die ausgeschlossenen „Reformisten“ haben eine neue „sozial-reformistische“ Partei gegründet. Könnte es nicht auch in Deutschland so schon werden? Und die liberalen Blätter reden der Regierung zu, sie möchte sich an Herrn Giolitti ein Beispiel nehmen, Sozialdemokraten ein Ministerposteuille anbieten und dann könne es nicht fehlen: Revisionisten und Radikale würden auseinander gehen und die deutsche Sozialdemokratie würde aufhören, für das Bürgertum eine Gefahr zu sein.

Nun wir denken, die Herren verstehen wirklich die Zeichen der Zeit falsch. Die „Partei-spaltung“ in Italien beweist wahrlich nicht, daß die reformistische Taktik in irgend einem Proletariat der Welt Zustimmung findet, sondern gerade das Gegenteil. Und das überraschend schnelle Erstarken der revolutionären Richtung in der italienischen Partei — und dies noch dazu in der Zeit nationalistischer Verunsicherung — ist eine sichere Gewähr dafür, daß die „Partei-spaltung“ nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung der Einigkeit des Proletariats, die Vorbedingung künftiger kraftvoller Aktionen sein wird. Die Sozialreformer werden sehr rasch dasselbe Schicksal erleiden wie ihre Gesinnungsgenossen, die „Unabhängigen Sozialisten“ in Frankreich, die heute ein bedeutungsloses Anhängel der bürgerlichen Parteien geworden sind, bemitleidet oder verachtet von der geeinten Partei, die stark geworden ist, seitdem sie dem Ministerialismus mit samt seinen Anhängern den Abschied gegeben hat.

Es zeigt sich eben überall, daß der Reformismus — je konsequenter, desto gründlicher — die Arbeiterbewegung zu führen völlig unfähig ist, daß er nach Bissolatis eigenem Wort, den gründenden Zweig der proletarischen Politik zu einem dünnen Ast verdorren läßt, daß er die Partei korrumpiert, anarchisierende und syndikalistische Wirrungen hervorruft, bis schließlich das Proletariat sich der unerrückbaren Grundlage seiner Politik, des klaren und scharfen Klassenkampfes bewußt wird und Ordnung schafft.

In Deutschland aber sind solche Kreise und Umwege — und das sollten sich die Liberalen endlich gesagt sein lassen — wirklich überflüssig. Davor hat die deutsche Arbeiterpartei die klare marxistische Erkenntnis vom Wesen der Klassenkämpfe und der bürgerlichen Gesellschaft bisher bewahrt und wird sie in Zukunft bewahren. Die deutsche Sozialdemokratie ist ihren Weg gegangen trotz aller Unterdrückungsversuche und sie würde ihren Weg gerade so unbeirrt und konsequent fortsetzen, wenn die liberalen Ratschläge befolgt und die Regierung versuchen würde, Zugeständnisse heute zu machen, die wir uns ja doch morgen erobern, und erst recht, wenn sie versuchen wollte, einzelne Personen durch Lockungen zu korrumpieren. Nein, die Liberalen irren wirklich, wenn sie meinen, daß die deutsche Arbeiterklasse ihr Erstgeburtsrecht, das ihnen die Geschichte verliehen hat, verkaufen könnte, und wenn sie lernen könnten, könnten sie jetzt in England beobachten, wie selbst eine ungleich großzügigere Politik, als sie deutsche Liberaler zu hoffen wagen, die englische Arbeiterklasse nicht abhält, sich immer mehr von der bürgerlichen Führung zu emanzipieren und sich auch politisch jene Unabhängigkeit zu schaffen, die sie auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete längst besitzt.

So bleibt von dem liberalen Gerede nur das eine bemerkenswert: der heiße Wunsch dieser treuen Ratgeber, die immer vorgeben, viel besser als die Sozialdemokratie selbst zu wissen, was uns frommt, nach Spaltung und Zerfegung der deutschen Arbeiterpartei. Und diese Selbstenthüllung der schönen Seelen wird man sich zu merken haben.

Evangelische Sechskapläne Ostpreußens.

Mit dieser lebenswichtigen Titulatur bedenk die „National-liberale Korrespondenz“ 27 ostpreußische evangelische Pfarrer, die im Wahlkampf ein Flugblatt zugunsten der konservativen unterzeichnet haben, das den Nationalliberalen den Gottesglauben absprach. Die lampfeschmutzigen „Diener des Herrn“ hatten die Religion und ihren Heiland angerufen, zur Rettung der atg bedrohten konservativen Mandate. Unter anderem hieß es in der Schrift: „Und wir lassen uns nicht beirren durch die ibleichen Phrasen vom „Christentum, das die Verödung predigt“, von „Liebe“ und „Frieden“, „Duldung“ und „Toleranz“. Dann folgte unmittelbar die Anrufung des Heilands, der gesagt habe: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert!“ Und den Schluß bildete die erneute Versicherung, daß neben den Sozialdemokraten auch die Nationalliberalen, „zumal in der neuesten Zeit“, sich als „entschiedene Gegner des Christlichen Glaubens, christlicher Staatsordnung und christlicher Sitte“ gezeigt haben.“

Dieses schöne Dokument christlichen Geistes hat die Nationalliberalen tief in ihren religiösen Gefühlen verletzt. Sie haben sich deshalb an den Oberkirchenrat gewandt, und dieser hat, wie einige bürgerliche Blätter zu melden wissen, eine Untersuchung der Sache angeordnet.

Jedem etwas von Belang wird ja kaum aus der Untersuchung herauskommen; aber das ist auch nebensächlich. Viel wichtiger dankt uns, daß die „Diener des Herrn“ von der sogenannten „positiven“

Richtung selbst offen das einseitige Geschwäh von Liebe, Frieden, Veröhnung usw., das die konservativen Blätter von der Qualität der „Deutschen Tageszeitung“ regelmäßig vor den christlichen Lesern ihren Lesern aufstischen, als „ibleiche Phrasen“ bezeichnen.

Daß übrigens so manche der frommen Seelenhirten die „gute, alte Zeit“ des Junkertums zurücksehnen, ist begreiflich, denn nicht wenige der Herren Pastoren sind damals zu fetten Pfünden gelangt, daß sie sich dazu zu entschließen vermochten, die abgelegten Maitreffen der als Kirchenpatrone fungierenden adeligen Rittergutsbesitzer heiraten und den Bauern Gehorsam gegen den gnädigen Herren zu predigen. Auf Verstand wurde noch weit weniger gesehen als heute. Für Einfältige im Geiste eine prächtige Zeit!

Die Psychologie der Nasenlöcher.

Herr Fritz Wley hat den Mut, seine Plastometerscherze noch ernsthaft verteidigen zu wollen! Sogar der alte ehrliche Kant muß herhalten, um die Bürger-Wley'schen Plastometerfälschereien zu beschönigen. Habe doch Kant der bürgerlichen Entdeckung vornehmend dadurch seinen Segen gegeben, daß er für jede besondere Naturlehre die mathematische Grundlage für notwendig erklärt habe. Herr Wley sollte doch nicht so unvorsichtig sein, sich auf einen Philosophen zu berufen, aus dessen Text man ihm seine größten Mißverständnisse jederzeit nachweisen kann. Hätte er sich noch auf Pythagoras bezogen! Der hat doch wenigstens nichts Schriftliches hinterlassen und kann sich also nicht dagegen wehren, wenn die Bürger-Wley sich zur Rechtfertigung ihres Plastometerunfugs auf ihn als Kronzeugen für den Satz berufen, daß Zahl und Maß alle Dinge der Natur beherrschen!

Aber Herr Wley hat leider seinen Meister Bürger ja selbst nicht einmal verstanden. Denn wenn er die naiven Vorstellungen Galls und seiner Schüler weit von sich weist und sich auf Bürger nur als den Entdecker der Gesichts-Plastometrie beruft, so unterschlägt er der Menschheit die Tatsache, daß Herr Bürger auch die Schädelform als Gradmesser für den Intellekt heranzieht, also durchaus nichts anderes ist, als ein Phrenologe des alten Schlags, höchstens daß er noch viel schematischer und dilettantischer verfährt. Aber Herr Fritz Wley, der Leibfälscher des Herrn Dertel, vergißt auch, und in die letzten und tiefsten Lehren seines Meisters Bürger einzutreten, nämlich in die Erkenntnis voraussetzungsloser Wissenschaft, daß auch die Form der Nasenlöcher von erheblicher Bedeutung für die geistige und sittliche Wertung einer Persönlichkeit ist.

Hoffentlich holt Herr Wley das noch nach, indem er uns vom politischen Standpunkt aus eine Psychologie der Nasenlöcher schreibt von Arendt und Arim-Jäsedem bis zu Dertel und Jedlig!

Mehr Adel im Richterstand!

Mehr Adelige im Richterstand! Darauf laufen die Wünsche hinaus, die der Reichsrat Freiherr v. Thüngen am Montag in der böherischen Ersten Kammer bei der Beratung des Finanzetats vorbrachte. Der Herr Baron findet, daß der Richter der Anforderung, über den Parteien zu stehen, nur genügen könne, so lange er gesellschaftlich und an Lebenserfahrungen ein höheres Niveau einnehme als der, den er zu verurteilen habe. Sei das nicht der Fall, dann sei der Richter sehr übel daran. Daher stamme der „alte deutsche Wunsch“, von feinesgleichen gerichtet zu werden. Freiherr v. Thüngen sieht sich also nach den alten Standesgerichten zurück. Er war so bescheiden, zuzugeben, daß das heute eine Utopie sei. Besonders ist er auf die Schöffengerichte schlecht zu sprechen:

„So wenig ich mich für geeignet erachten könnte, in einer großen Handelsstadt über Handelsachen zu befinden, die im Geschäftsverkehr geltenden Maximen zu kennen, ebenso wenig glaube ich, daß ein noch so ehrenwerter Gewerbetreibender sich in den Gedankengang hineinfinden könnte, in die Rechtsanschauungen, in denen ich ausgewachsen bin.“

Die Folgerung, die der Herr Baron aus seiner Auffassung zieht, ist die, man solle bei der Auswahl des Richterpersonals neben der Eignungsnote auch das Milieu in Betracht ziehen, aus dem der Betreffende hervorgegangen ist, und es sei deshalb erwünscht, daß „auch unser Richterstand mit einem Tropfen aristokratischem Delts gesalbt werde.“

Der Rudolstädter Landtag

wird von der Regierung auf den 4. September einberufen werden. Alle Anzeigen sprechen dafür, daß auch diesmal wieder die Wahlgesetzreform zugunsten der Höchstbesteuerten dem Landtage präsentiert werden wird, doch nimmt man an, daß die Regierung, um das Zustandekommen anderer wichtiger Gesetzesvorlagen nicht zu verhindern, die Wahlrechtsänderung als eine Vorlage für sich einreichen wird. Mag das Gesey nun in dieser oder jener Form vorgelegt werden, auf keinen Fall wird ihm die sozialdemokratische Landtagsmajorität die Zustimmung geben.

Die „Entschädigung“ sozialdemokratischer Vertrauensleute als Steuerobjekt.

Aus Bommern im Kreise Hagen-Schwelm wurde dieser Tage berichtet, daß der Vertrauensmann des dortigen Sozialdemokratischen Vereins von der Steuerveranlagungskommission aufgefördert worden war, sein „Einkommen“ aus seiner Tätigkeit als sozialdemokratischer Agitator und Vertrauensmann anzugeben. Der Fall steht nicht vereinzelt da, so daß angenommen werden muß, die Veranlagungskommissionen arbeiten nach einem einheitlichen Plan. — In Wulferstedt (Kreis Halberstadt-Bernigerode) hatte der sozialdemokratische Vertrauensmann gegen zu hohe Steuereinschätzung Einspruch erhoben. Bei der mündlichen Verhandlung vor dem Amtssekretär wies dieser auf das Einkommen unseres Genossen aus seiner Tätigkeit für die Partei hin. Und zwar schätzte der Beamte dieses Einkommen auf nicht weniger als 800 Mark jährlich! Man denke: in einem Orte, der knapp 1600 Einwohner zählt!

Der Schuß des Unternehmerinteresses geht voran.

Ein Gewerbeinspektor, der für anständige Löhne eintritt, muß natürlich in Preußen vom Handelsminister rektifiziert werden. Eine Schokoladenfabrik in Liegnitz war vor Weihnachten wieder einmal um die Erlaubnis zur Verlängerung der Arbeitszeit ihrer Arbeiterinnen einkommen, und der Gewerbeinspektor erklärte sich auch zu der Verantwortung des Besuches bereit, wenn — die Firma ihren Frauen und Mädchen 20 Proz. Lohnzuschlag für die Ueberstunden gewährte. Das paßte dem „geschädigten“ Unternehmer nicht und Ignorantisch lief er zur Vredauer Handelskammer, die dem seltenen Beamten eine Lektion über seine Pflichten erteilen sollte. Der Gewerbeinspektor, der die Bedingung offenbar nur gestellt hatte, um der Firma ein wenig mehr Regelmäßigkeit und Arbeitseinstellung anzugewöhnen, blieb jedoch auf seinem Standpunkt bestehen. Da ließ denn die Handelskammer zum Minister für Handel und Gewerbe. Dieser hat denn auch das Unternehmerinteresse richtig erkannt und dem Gewerbeinspektor in Liegnitz bedeutet, daß er seine Befugnisse überschritten habe.

Leere Gerichte?

Nach Meldungen, die über Paris und London kommen, will ein deutscher Kaufmann in Tewan erfahren haben, daß fünf seiner Angestellten, ebenfalls Deutsche, durch den Stamm Gomaras, in deren Gebiet er eine Faktorei hatte, ermordet worden seien. Der deutsche Konsul habe schon Beschwerde erhoben.

Nach einem anderen Bericht soll einer der Brüder Mannesmann (!) mit einer Gesellschaft vom Stamme der Comaras angehalten und nach Zahlung eines Lösegeldes wegen unerlaubten Vortretens ihres Gebietes wieder freigelassen worden sein. In Tetuan erhielt dann diese Reisegesellschaft die Nachricht, daß fünf der in den Minen beschäftigten Deutschen von den Arabern erwidert worden seien. Sofort nach Empfang dieser Mitteilung begab sich Mannesmann nach Tanger, um den dortigen deutschen Konsulaten davon in Kenntnis zu setzen.

Die Nachricht klingt unwahrscheinlich. Schon einmal wurde eine ähnliche Geschichte, in der die Mannesmann eine Rolle spielten, in die Welt gedruckt. Nach den Berliner Abendblättern vom Mittwoch hatte das Auswärtige Amt von dem deutschen Konsulaten in Tanger noch keine Meldung über den Vorfall erhalten. Aus Remscheid wurde gemeldet, daß dort bei dem Marokko-Minensyndikat am Mittwoch ebenfalls noch keine Bestätigung der Meldung eingegangen war.

Schweiz.

Die neuen Bundesräte.

Bern, 17. Juli. Die Bundesversammlung hat für den verstorbenen Bundesrat Marc Ruchet den Regierungsrat Camille Decoppet aus Lausanne und für den verstorbenen Bundesrat Dr. Deucher den Rechtsanwalt Edmund Schulthess aus Drugg, Kanton Argau, gewählt. Beide Gewählte sind freisinnig. Schulthess gehört seit 1905 dem eidgenössischen Ständerat an.

Frankreich.

Hervés Begnadigung.

Paris, 17. Juli. Die Begnadigung Hervés wird von den Blättern im allgemeinen zustimmend erörtert. In der „Humanité“ spricht Jaurès seine Freude darüber aus, daß Hervés der Demokratie und dem Sozialismus zurückgegeben sei. Er richtet an ihn die Bitte, seine Freiheit zu benutzen, um an der Einigung aller sozialistischen, syndikalistischen und revolutionären Kräfte mitzuwirken.

Hervés richtet in seinem Blatte „Guerre Sociale“ ein offenes Schreiben an den Ministerpräsidenten Poincaré und den Justizminister Briand, das aus dem Gefängnis datiert ist und in dem es heißt:

„Vorher ich die Zelle verlasse, in der ich durch Ihre Unverschämtheit und Dumheit und durch die Ihrer Vorgänger und des republikanischen Parlaments wegen eines Zeitungsartikels 26 Monate saß, und das im zwanzigsten Jahrhundert, suche ich die Worte, um Ihnen für Ihre Gnade zu danken. Ich finde nur ein Wort — das Wort Cambroune. Ich richte dieses Wort an Sie als Zeichen meiner Dankbarkeit.“

Das Wort, das auch Götze von Verlichingen hätte gebrauchen können, rief der General Cambroune angeblich den stürmenden Feinden bei Waterloo entgegen.

Rußland.

Das Ende der sibirischen Arbeitertragedie.

Das Mißtrauen, mit dem die Arbeiterpresse die Ernennung des Reichratsmitgliedes Manuchin zum Revisor der Arbeitermehelei in den Lenagoldbergwerken begleitete, hat sich vollaus gerechtfertigt. Die Revision im Renarevier ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen, das heißt, die furchtbaren Mißstände sind zwar festgestellt worden, aber in Wirklichkeit ist alles beim alten geblieben, und die Bedrücker und Wörder der Arbeiter gehen strahlend aus, wie sich das im heiligen Rußland so gehört. Unmittelbar bevor Senator Manuchin aus Petersburg abreiste, gab sich zwar die Direktion der Renagefellschaft den Anschein, als wäre sie bereit, die Forderungen der Arbeiter anzunehmen. Gleichzeitig machten die örtlichen Behörden den Versuch, sich von den wichtigsten Zeugen der Arbeitermehelei zu befreien, um den wahren Sachbestand zu verschleiern. Senator Manuchin selbst, der mit weitgehenden Vollmachten ausgerüstet wurde, setzte von Anfang an sein Hauptbemühen darin, die streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, als bestände der Hauptzweck seiner Reise nur darin, den Streik beizulegen und die Direktion aus der Patz zu retten, in die sie sich durch eigene Proffidur und ihren Blutdurst gestürzt hatte. Gleichseitig versuchte er durch verschiedene demagogische Mittelchen die öffentliche Meinung irre zu führen. Auf seine Veranlassung wurde ein treuuntertäniges Telegramm an den Zaren abgesandt, dem sämtliche Arbeiter angeblich ihre begeisterte Zustimmung gaben. Im übrigen blieb aber alles beim alten. Wie früher, stand an der Spitze der Verwaltung der Direktor Belosferow, der die Arbeiter durch seine Absicht zum Streik getrieben hatte. Wie früher, blieben sämtliche Regierungsbeamten, die Richter, der Staatsanwalt, die Polizisten, sämtliche gehorjame Agenten der allmächtigen Goldgesellschaft, auf ihren Posten. Und wie früher ruhte die oberste Gewalt in den Händen des Gendarmenrittmeisters Trefschischenkow, des Urhebers des Blutbades, der, wie es sich aus der Revision der Geschäftsbücher herausgestellt hat, ein festes Gehalt von 15 Rubel täglich, oder 5400 Rubel im Jahr von der Renagefellschaft bezog.

Die Meldungen, die Senator Manuchin nach Petersburg erstattete, stimmten vollkommen mit den sensationellen Mitteilungen überein, die der konservative Schriftsteller Fürst Menschichewski kürzlich in seiner Wochenschrift veröffentlichte. Nach diesen Mitteilungen unterlag es keinem Zweifel mehr, daß das Blutbad in den Lenagoldbergwerken von den Agenten der Gesellschaft und vor allem von dem Rittmeister Trefschischenkow bewußt provoziert, und daß kalten Blutes ganze Salven in die friedliche, unbewaffnete Arbeitermenge abgegeben wurden. Senator Manuchin stellte weiter fest, daß der Streik im Renarevier ruhig verlief und zu keinen Verurteilungen berechtigte, daß die Verhaftung des Streikkomitees durch nichts hervorgerufen war, daß die entsetzliche Lage der Arbeiter ihre Forderungen an die Gesellschaft als vollkommen berechtigt erscheinen ließ. Ungeachtet aller dieser Feststellungen, deren Bedeutung hier besonders unterstrichen werden soll, ist dennoch alles beim alten geblieben. Die fortwährenden Versuche der Renagefellschaft und der hinter ihr stehenden mächtigen Bureaufkraten, ihren Willen durchzusetzen, sind jetzt mit Erfolg gekrönt worden. Die langwierigen Verhandlungen, die in Gegenwart des Senators zwischen den Arbeitern und der Direktion geführt wurden, haben sich nun infolge der Machenschaften der letzteren zerfallen. Die Arbeiter, die vier Monate im harten Kampfe standen, waren nicht geneigt, sich weiterhin narren zu lassen. Sie zogen aus der ganzen Sachlage die einzige richtige Konsequenz, indem sie, nachdem alle Mittel eines friedlichen Ausgleichs erschöpft waren, die Arbeit niederlegten und ihre Evaluation aus dem Renarevier forderten.

In einer Erklärung, die dem Senator Manuchin am 11. d. M. von den Arbeitern des Theodosiabergrwerkes überreicht wurde, heißt es: „Auf der Versammlung der Arbeiter des Theodosiabergrwerkes vom 10. Juli haben die Arbeiter nach eingehender Erörterung des Vertrages und der Lohnsätze festgestellt, daß der neue Vertrag besser ist als der alte, daß aber die wesentlichen Änderungen nicht erfolgt sind, die uns Arbeitern so wichtig erscheinen: die Ordnungen sind dieselben geblieben, die Grubenverwaltung ist dieselbe, das harte Weloserowsche Regiment hat sich sogar in Anwesenheit der Obrigkeit nicht geändert, die Schuld der Renagefellschaft ist nicht festgestellt, und ihr wurde nicht die Pflicht auferlegt, für alle unsere Qualen und alle Verletzungen des früheren Vertrages eine Strafe zu zahlen. Die Senatorenrevision hat der Wahrheit bisher nicht zum Rechte verholfen, sie hat die Schul-

digen an dem Gemebel vom 17. April nicht zur Verantwortung gezogen, unsere Delegierten lägen sich noch heute unschuldig im Gefängnis. Unter diesen Umständen betrachten die Arbeiter es nicht als möglich, den Vertrag zu unterzeichnen und bei der Renagefellschaft in Arbeit zu bleiben. Nach Schluß der Debatte haben sich von den anwesenden 2005 Personen 1008 gegen 7 in geheimer Abstimmung gegen die neuen Bedingungen ausgesprochen und den Beschluß gefaßt, die Arbeit nicht mehr aufzunehmen, sondern die Ausfuhr in bewohnte Gegenden zu fordern, wo sie neue Arbeit finden können.“

Ein ähnlicher Beschluß ist auf sämtlichen Goldbergwerken des Renareviere angenommen worden. Drei Wochen haben die Arbeiter auf die Ergebnisse der Revision gewartet. Nun, wo sich die Ergebnislosigkeit dieser bürokratischen Maßnahme erwiesen hat, schleudern sie dem Vertreter der zarischen „Gerechtigkeit“ ihr Mißtrauen und ihre Verachtung ins Gesicht und verlassen den Kampfplatz, auf dem sie zwar viele der ihrigen verloren, wo sie aber eines gewonnen haben: die Erkenntnis ihrer Klassenzusammengehörigkeit und die Sympathien der Arbeiterklasse der ganzen Welt, die ihren Kämpfern in der fernern sibirischen Taiga die wärmsten Sympathien zollt.

Amerika.

Schandaten gegen Sozialisten.

New York, 5. Juli. (Fig. Ber.) Die Kapitalisten in San Diego wollen, während in San Francisco die Weltausstellung stattfindet, eine besondere Ausstellung abhalten und dazu brauchen sie billige Arbeitskräfte, billigere Arbeiter als sie heute zu haben sind. Das Anlocken der Arbeiter wird mit Hilfe der kapitalistischen Presse planmäßig betrieben und es strömen die Arbeiter in Massen nach California, für die nun aber keine Beschäftigung vorhanden ist. Die Arbeiterorganisationen warnen vor Zuzug, worauf die Kapitalisten wütend wurden und eine Verfolgung der organisierten Arbeiter einleiteten. Der Stadtrat verbot die Strahenderwerbungen und als die Industrial Workers of the World trotzdem solche abhielten, wurden sie von der Polizei mit großer Brutalität auseinander getrieben. Der Gewerkschaftsbund und die Socialist Party traten in den Kampf ein und protestierten gegen das gefesselte Vorgehen der Kapitalisten. Nun verlor die herrschende Bande alle Ueberlegung und ging in sinnloser Wut gegen die Arbeiter vor. Die Bürger bildeten Ueberwachungskomitees, drangen in die Gefängnisse ein, entführten die gefangenen Arbeitergewerkschaftler, Sozialisten und Anarchisten, mißhandelten sie und brachten sie nach den Steppen, 30 und 40 Meilen weit von der Stadt entfernt, wo sie auf barbarische Weise gefoltert und gepeinigt wurden. Weis wurden die Armen noch mit dem Tode bedroht, falls sie sich noch einmal in San Diego sehen lassen würden. Mehrere ältere Leute wurden so brutal geschlagen, daß sie kurz darauf starben. Eine Buchdruckerei wurde zerstört und das dort erscheinende Gewerkschaftsblatt am weiteren Erscheinen verhindert.

Emma Goldmann und ihr Manager — hier haben sogar Anarchisten ihre „Manager“ — den Reitmann, welche eine Vortragsreise durch California unternahmen und in San Diego ebenfalls eine Vorlesung abhalten wollten, wurden besonders niederträchtig behandelt; die Frau konnte sich nur durch eine schnelle heimliche Flucht vor Mißhandlungen retten, während ihr Begleiter Reitmann auf einem Automobil nach der Steppe gebracht, nackt ausgezogen, gepeitscht und dann geteert und gefedert wurde. Diese barbarischen Rohheiten und geschlossenen Schanddaten wurden schließlich sogar dem Gouverneur von California zu arg, er ließ eine Untersuchung anstellen und führte einen vorläufigen Waffenstillstand zwischen den organisierten Arbeitern und den Behörden wie dem Bürgerkomitee herbei. Der inzwischen erjährene Bericht des untersuchenden Kommissars spricht sich scharf gegen das „Ueberwachungskomitee“ aus, von dem direkt behauptet wird, daß „Anarchie geübt wurde, wo die Arbeiter höchstens Anarchie predigten“. Der Kampf hat zwar augenblicklich nachgelassen, beendet ist er sicherlich nicht; er wird bei der ersten Gelegenheit mit frischer Heftigkeit losbrechen.

Aber auch anderswo tragen sich derlei Ungeheuerlichkeiten gegen die organisierten Arbeiter, die noch Energie genug besitzen, für bessere Lebenshaltung zu kämpfen, zu. In den Industriestädten New Jerseys, ganz im Osten der Vereinigten Staaten in Paterson, Passaic, Hoboken und anderen Städten, führten die Seiden-, Woll- und Baumwollweber einen erbitterten Kampf um menschenwürdigeren Löhne und wurden in der niederträchtigsten Weise von den Behörden, die ganz und gar im Solde der reichen und mächtigen Fabrikanten stehen, behandelt. Streikposten wurden alltäglich verknüppelt und eingesperrt, Versammlungen verboten, Streikabzeichen den Männern und Frauen vom Leibe gerissen, auswärtige Streikführer ausgewiesen usw. In Paterson wurde sogar einer der Streikführer, der weiter nichts getan hatte, als Streikposten zu stehen, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und die Strafe in der Revisionsinstanz aufrecht erhalten.

Die Aufzählung der sich fast täglich hier ereignenden Schanddaten gegen organisierte und unorganisierte Arbeiter ist damit jedoch längst nicht beendet; es gibt einfach kein Ende dafür. Ueberall und täglich ereignen sich diese groben Ausschreitungen, die immer neue Massen zur Erkenntnis ihrer Lage, zum Verstehen des Klassencharakters der Gesellschaft bringen. Und darum dürfen wir allerdings dem Lage der Abrechnung, dem Wahltage mit der Gewißheit entgegen gehen, daß die Kapitalisten bis dahin so gute Agitationsarbeit für uns geleistet haben werden, daß der Erfolg nicht ausbleiben kann.

Neutralisierung des Panamakanals.

Washington, 17. Juli. Im Repräsentantenhaus wurde von Moore ein Gesetzentwurf eingebracht, durch den der Staatssekretär ermächtigt wird, mit Großbritannien und den anderen Mächten Verhandlungen einzuleiten über die Neutralisierung des Panamakanals und die Teilung der Bau- und Erhaltungskosten des Kanals zwischen den Mächten. Der Gesetzentwurf erklärt, die Neutralisierung würde die Erhaltungskosten des Kanals bedeutend vermindern und dem Handel wie dem Weltfrieden zugutekommen.

Der neue Präsident von Paraguay.

Muncion, 17. Juli. (B. L. B.) Eduardo Schaerer wurde zum Präsidenten, Pedro Pobadilla zum Vizepräsidenten der Republik Paraguay gewählt.

Aus der Partei.

Sparverein zum Ausbau der Parteipresse.

In Mähhausen i. Elb. wurde ein Sparverein Solidarität gegründet, der den Ausbau der Parteipresse zum Zweck hat.

Jedem Arbeiter ist es ermöglicht, bei 50 Pf. Beiträgen Mitglied der genossenschaftlichen Unionsdruckerei zu werden. Die Zulassung der Klassegenossen bringt eine Verbesserung der Kämpfe und bedingt den Ausbau der Parteipresse. Die Reorganisation zeigt, mit welcher Energie die Parteigenossen Mähhausen und Umgebung das Ziel, ihr Kampforgan zu stärken, verfolgen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Jugendbewegung.

Deppchen Goch bedauert, die Wahrheit gesagt zu haben.

Dr. Ferdinand Goch, der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, hatte in der letzten Ausschüttung der Deutschen Turnerschaft in Kiel gar mutige Worte gegen den Jungdeutschlandbund geschleudert, die wir in Nr. 140 vom 29. Juni des „Vorwärts“ zum Ausdruck brachten. Die herbe aber zutreffende Kritik mußte um so eher Auffehen erregen, als Dr. Goch Mitglied der Bundesleitung von Jungdeutschland ist. Diese Tatsache läßt es auch begreiflich erscheinen, daß Dr. Goch jetzt den Versuch unternimmt, seine Kritik abzuschwächen. Er sendet an die bürgerliche Presse folgende „Richtigstellung“:

„Zu den Berichten habe ich ergänzend und berichtend zu bemerken, daß ich nicht behauptet habe, der Jungdeutschlandbund gehe nicht die anfangs erhofften Wege, — ich habe nur die zu häufige Berufung früherer Offiziere als Leiter der Bezirke und Kreise als unpraktisch bezeichnet und allerdings ausgesprochen, daß in die mit Gehalt bedachten Stellen des geschäftsführenden Ausschusses auch drei Offiziere a. D. berufen seien, die aber, wie ich mich überzeugt habe, mit Treue und regem Eifer für die Sache arbeiten. Der Grundsatz des Jungdeutschlandbundes, keine Ortsgruppen neu zu gründen, zwei Turnvereine oder Vereine mit ähnlichen Zielen bereits bestehend, ist vom Bund stets aufrechterhalten worden. Die deutsche Turnerschaft wird, nachdem sie ihre Ueberzeugung offen ausgesprochen, Hand in Hand mit dem Jungdeutschlandbund arbeiten.“

Die von uns wiedergegebenen Äußerungen Dr. Goch sind dem in Nr. 23 vom 6. Juni der „Deutschen Turnzeitung“ abgedruckten offiziellen Bericht über die Sitzung entnommen. Falls Dr. Goch das Bedürfnis fühlt, zu „berichtigen“, mag er sich dorthin wenden. Uns will aber scheinen, daß Dr. Goch mit seiner „Richtigstellung“ die von ihm geübte Kritik am Jungdeutschlandbunde nur bekräftigt. Denn sie bestätigt ausdrücklich, daß Dr. Goch „die zu häufige Berufung früherer Offiziere als Leiter der Bezirke und Kreise“ und die Anstellung dreier Offiziere bedauert habe.

Daß die deutschen Mannen den kräftigen Worten nicht die Tat folgen ließen, vielmehr, getreu ihrer Tradition, den von ihnen verdamnten Jungdeutschlandbund haben, Reorganisationen nur da vornehmen zu lassen, wo andere Vereine für Jugendpflege nicht bestehen und ferner dafür zu sorgen, daß auch die Bezirksverbände mehr Fühlung mit der Deutschen Turnerschaft nehmen, haben wir seinerzeit berichtet. Es fragt sich nur, ob die fernigen Naturen des Jungdeutschlandbundes durch die Bitten der deutschen Turner sich von ihrem Wege abbringen lassen werden.

Soziales.

Statt erhöhter Rente 2 Jahre 3 Monate Gefängnis.

Vor dem Kriegsgericht der 16. Division in Trier stand dieser Tage ein Landwehrmann, gegen den der Vertreter der Anklage obige Strafe beantragte. Der Mann hatte im vorigen Herbst beim 29. Infanterie-Regiment eine Uebung gemacht, am letzten Tage zog er sich eine schwere Verstauchung des rechten Fußes zu. Er kam ins Lazarett und sollte am 31. Januar d. J. mit einer Monatsrente von 22,50 M. entlassen werden. Da er noch nicht völlig geheilt war (was selbst heute noch nicht der Fall ist, trotzdem er noch mehrere Monate in einem Kölner Krankenhaus behandelt worden war), weigerte er sich, das Lazarett zu verlassen. Er hatte zu Hause Frau und drei kleine Kinder und die Rente reichte kaum für die Miete. In dieser verzweifelten Lage setzte er daher seiner Entlassung bestigen Widerstand entgegen, so daß er schließlich, nachdem man ihm u. a. auch die Zwangsjacke angelegt hatte, mit polizeilicher Hilfe aus dem Lazarett befördert wurde. Bei dieser Gelegenheit soll er nun gleich ein halbes Duzend Straftaten begangen haben, für welche der Vertreter der Anklage die Kleinigkeit von 2 Jahren und 3 Monaten beantragte, trotzdem er selbst zugeben mußte, daß der Angeklagte das größte Mißleid verdiene. Das Gericht sprach jedoch verständigerweise den Mann frei. Es hielt zwar die Straftaten für erwiesen, nahm jedoch an, daß dem Angeklagten das Bewußtsein dafür gefehlt habe, daß er noch unter militärischen Gesetzen gestanden habe und die Beweisaufnahme die Zweifel hierin nicht völlig ausgeräumt habe.

Unterschlagung von Krankenkassenbeiträgen.

Am Dienstag stand der Schachmeister Johann Stanned aus Gameln vor der Strafkammer in Hannover wegen Vergehens gegen das Kranken- und Invaliditätsversicherungsgesetz. Der Angeklagte, der in Hestisch-Obendorf einen Bau leitete, hat strafsüchtigerweise insgesamt 40 M. Krankenkassen- und Invaliditätsversicherungsgeld, das er vorher bei der Lohnzahlung den Arbeitern in Abzug gebracht hatte, nicht an die Kassen abgeliefert. Der Angeklagte erklärte aber, eine Absicht der Unterschlagung der Kassen habe ihm fern gelegen, er habe bei der Lohnzahlung nur genau so viel Geld gehabt, als die Arbeiter an Lohn zu fordern hatten. Um diese unter allen Umständen zu befriedigen, habe er die Kassenelder nicht bezahlt.

Das Gericht betonte nun in Uebereinstimmung mit einer neuen Entscheidung des Reichsgerichts, der Angeklagte habe die Verpflichtung gehabt, zunächst die Vorchrift des Gesetzes zu erfüllen, danach hätte er den Arbeitern nur soviel von dem vorhandenen Lohn bezahlen müssen, daß er für die Kassen noch das Geld übrig behielt. Es verurteilte den Angeklagten im Sinne der Anklage zu 50 M. Geldstrafe evtl. 5 Tagen Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Agarische Ferienkolonien.

Wie sich Agrarier die Erholung armer Frauen und Kinder vorstellen, entnehme man folgendem Inserat im „Hannoverschen Anzeiger“:

Erholungsurlaub auf dem Lande

zirka 14 Tage, finden sofort 15 bis 20 erholungsbedürftige Frauen, junge Mädchen oder Kinder (Mädchen nicht unter 12 Jahren) aus realistischen Familien auf meinem Gute bei freier Station. Dieselben müssen dafür 8 bis 10 Stunden täglich Erbsen pflücken. Fleißigen Pflückerinnen wird außerdem noch Verdienst gewährt. Bewerberinnen wollen sich Mittwoch, abends 7½ Uhr, Bahnhof, Wartesaal 3. Klasse melden.

Gut Holsen bei Celle.

Eine 8 bis 10stündige Arbeitszeit kann sicher nur die Kräftigung erholungsbedürftiger Kinder und Frauen fördern. Das geht schon daraus hervor, daß der menschenfreundliche Gutbesitzer die Mädchen unter 12 Jahren nicht zumute, dafür aber garu forperlich stärkere Anaben gesundheitslich entwickeln will. Dürfen wir uns vielleicht noch erkundigen, in welchen Räumen die Arbeiter — pardon die Sommerfräule — schlafen dürfen und aus wieviel Gängen die Nachzeiten bestehen werden?

Gewerkschaftliches. Belagerungszustand in Zürich.

Man schreibt uns aus Zürich:

Die zwei telegraphisch gemeldeten Verhaftungen bilden den Anfang der von Stadtbekörden und Regierung eingeleiteten Repressalien. Schafroth ist Sekretär des schweizerischen Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes und leitete speziell die Bewegung der Straßenbahnangehörigen. Er soll nun als angeblicher Anführer des Straßenbahnerausstandes vor das Gericht geschleppt werden. Seine Verhaftung ist um so lächerlicher, als Schafroth Mitglied des Stadtrates ist und keinerlei Fluchtgefahr vorliegt. Platten ist seit mehreren Jahren Sekretär der Landesorganisation der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in der Schweiz. Ihm wird zur Last gelegt, daß er die Gaswerksarbeiter zum Anschluß an den Generalstreik veranlaßte. Bei diesen Verhaftungen dürfte es indes kaum bleiben. Die Behörden sind vollständig in den Händen der Scharfmacher. Deren Willen wegen des glänzenden Gelingen des Generalstreiks kennt keine Grenzen. In der kapitalistischen Presse, die über eine „schwere Beleidigung der bürgerlichen Bevölkerung Zürichs“ jammert, werden den Polizeibehörden direkte Anweisungen erteilt. Und die Korruption ist so groß, daß sich die Behörden nicht scheuen, die so erhaltenen Aufträge ohne weiteres auszuführen. So wurde die Verhaftung Schafroths in der bürgerlichen Presse gefordert und wenige Stunden später prompt vorgenommen. Ebenso steht es mit der polizeilichen Verhaftung des Volkshauses. Morgens verlangte man die Verhaftung des Volkshauses. Die Polizeibehörde verweigerte alle Mäandlichkeiten der Streikleitung und des Arbeitersekretariats, nachdem zuvor alles durch einander geworfen und mitgenommen wurde, was den Mitteln paßte. Im Moment, da wir diese Zeilen schreiben, geht das Gerücht, daß auch die übrigen Mitglieder der Streikleitung verhaftet und wegen Aufreizung gegen die Staatsgewalt vor den Richter gestellt würden.

Die Situation hat sich durch alle diese Kopfschütteln wesentlich verschärft. Für Dienstag ist die Aufhebung der Ausperrung angekündigt, aber es heißt, die Unternehmer gedächten zahlreiche Maßregelungen vorzunehmen. Bis jetzt hat sich die Arbeiterbewegung zwar ruhig verhalten. Zusammenstöße kamen keine vor. Es genügt aber ein Funken, um das Pulverfaß zu entzünden und der Erbitterung der Arbeiter über das sinnlose Wüten der Reaktion Luft zu machen. Heute wurden die Abgeordneten des Wahlkreises, die Genossen Greulich, Grimm, Pflüger und Sigg, die den Parlamentsverhandlungen in Bern beiwohnten, telegraphisch nach Zürich berufen.

Der Vorstand der Arbeiterunion hat heute morgen eine neue Proklamation an die Arbeitererschaft erlassen, diese zur Einhaltung strengster Disziplin, Vermeidung aller Unbedachtsamkeiten und Unterlassung jeglichen Alkoholgenusses auffordernd. Eben laßt die Meldung ein, daß auch der Sekretär des schweizerischen Maler- und Glaserverbandes, Genosse V. Stauder, verhaftet wurde, trotzdem er an der Streikleitung gar nicht beteiligt war.

Berlin und Umgegend.

Die Gelben und die Firma A. Loewe.

Anfang dieses Jahres brach bei der Firma A. Loewe ein Streik aus, weil die Arbeiter ihr Koalitionsrecht bedroht sahen. Die Betriebsleitung wollte durch den freien Werkverein in die Höhe bringen, und die Mitglieder der freien Gewerkschaften wurden drangsalieren, wenn sie sich weigerten, den Gelben beizutreten. Die Arbeiter antworteten mit einem Streik, der erst beendet wurde, nachdem die Firma in einer Personifikation sich verpflichtet hatte, daß bei der Einstellung von Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer Organisation weder geprüft, noch zu einer Bedingung gemacht werden sollte. Ebenfalls sollte die Agitation zum Beitritt in eine Organisation innerhalb des Betriebes gestattet sein. Die Arbeiter waren damit eine Forderung von dem Streik befreit. Mitglieder des gelben Vereins zu werden oder in schweren Nachteil zu geraten. Seit einigen Wochen aber wird die getroffene Vereinbarung nicht mehr so eingehalten, wie es verlangt und erwartet werden kann. Es ist sogar wieder vorgekommen, daß von einem Arbeiter bei seiner Einstellung die Zugehörigkeit zu den Gelben verlangt wurde, in direktem Gegensatz zu der übernommenen Verpflichtung. Die Arbeiter sind aber nicht gesonnen, die gelbe Plage von neuem aufkommen zu lassen. In einer Betriebsversammlung, die am Dienstagabend in der Kronenbrauerei, Moabit, stattfand, kam diese Angelegenheit zur Besprechung. Otto Handke vom Deutschen Metallarbeiterverband referierte. Unter dem Vorbehalt der Versammlung protestierte er gegen jede Verletzung der Vereinbarung, der der Direktor Wallischmidt selbst zugestimmt hat. Handke gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Arbeiter so wascham sind und die heimlich erzwungene Liebe für die Gelben sofort über vermehrt haben. Er hatte den Beweis dafür in Händen, daß man bei der Einstellung von Arbeitern wieder auf die Eigenschaft als Gelbe achtet. Was die Agitation im Betriebe anbetrifft, so führte er unter anderem an, daß in der Abteilung Lutz das Organ der Gelben, „Der Bund“, während der Arbeit verbreitet wird. Als ein Revisor darauf aufmerksam gemacht wurde, erklärte dieser, dagegen nichts tun zu können. Die Betriebsleitung ist gezwungen, vorsichtig aufzutreten, denn die wirklich tüchtigen Arbeiter im Betriebe sind freigeblieben, und unter den Gelben ist die Zahl der unfähigen Arbeiter sehr groß. Von den tüchtigen Arbeitern wurden vor einiger Zeit Überstunden verlangt, die aber rülpfend verweigert wurden, und die Revisor mußte sich mit der Weigerung abfinden. Die Arbeiter sind erbittert, sobald sie merken, daß man ihnen wieder den gelben Werkverein aufzwingen möchte.

In der Versammlung waren Vertreter der Gelben anwesend; aber niemand von diesen fand den Mut, in der Diskussion auf Handkes Angriff zu antworten. Die Versammlung verlangten von der Betriebsleitung die strikte Einhaltung des getroffenen Vereinbarungen und beglückwünschten mit Beifall den an sie gerichteten Appell, die freie Organisation der Arbeiter unter allen Umständen hochzuhalten.

Der Streik der Fuhrleute

hat weitere Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Streikenden ist auf 350 zusammengeschmolzen. Am Mittwoch haben die folgenden Firmen noch unterzeichnet: Pascale, Reußhain, S. Schöneberg, Berlin, Knobi, Lichtenberg, Sade, Reußhain, Fiedler, Pantau, Treptow, M. Hoffmann, Reußhain, Bierzig, Pantau, Riedel, Berlin, Primke, Lichtenberg, Deterra, Klatt, M. Steffen, Charlottenburg, Panach, Vaer, Berlin, Meite, Reußhain, Knobel, Reinholdsdorf, Weynowia, Charlottenburg, Steinde, Reinholdsdorf, Rosemann, Reußhain, Anna Sibau, Müllerstraße 183a, Emil Schönfeld, Vorkogener Straße 30, Georg Wagnon, Waldstr. 55.

Einige Unternehmer stellen unfähige Leute als Fahrer an, bei anderen helfen die Söhne und Verwandten mit an, auch die Hingeharde ist in Aktion getreten, wie von den Firmen Schmiedekede und zuerst auch von Teuerkauf gemeldet wurde. Bei dem letzteren soll die Hingeharde aber bereits wieder abgezogen sein, da sie der Arbeit nicht gewachsen war. Herr Alendorf, der in der Verhandlungskommission saß und mit dem Tarifvertrag im ganzen einverstanden war, leistet jetzt eifrig Dienste zur Heranschaffung von Arbeitswilligen.

In der Müllerstraße, bei den Müllbergen, kam es Mittwoch nachmittag zu einem Zusammenstoß mit den Arbeitswilligen. Manche Firmen versuchen, ihre Arbeiter von Firmen, die den Tarif bewilligt haben, herstellen zu lassen. Solche Arbeit wird aber als Streikarbeit angesehen und zurückgewiesen.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen! Die Dachdecker und Berufsgenossen der Firma A. Varentzien, Reinholdsdorf-Str. 3, haben die Arbeit eingestellt. In Betracht kommt hauptsächlich der Neubau des Reichs-Marineamts in der Königin-Augusta-Straße bzw. Vondlerstraße. Auf diesem Bau wurden die Arbeitsverhältnisse für die Dachdecker geradezu unerträglich. Der Dachdeckerpolier der Firma, Gustav Eckert, hielt besonders darauf, daß die Hilfsarbeiter zur Verrichtung von Dachdeckerarbeiten verwendet werden. Fortgesetzt wurden die Hilfsarbeiter mit dem Hängen der Steine auf dem Dache beschäftigt. Auch selbst zum Latzen wurden sie mißbraucht. Als die Dachdecker dieserhalb vorstellig wurden und um Abhilfe ersuchten, wurden sie einfach abgewiesen. Es blieb demnach nichts weiter übrig, als zur Selbsthilfe zu schreiten. Diese Werkstelle ist von jedem Dachdecker und Berufsgenossen zu meiden. Verband der Dachdecker.

Achtung, Typsetzer! Wegen Abzug von 5 Proz. vom Lohnsatz verhängen wir hiermit über die Firma Hermann Franke die Sperre. In Frage kommt zurzeit der Bau Cubisstr., Bauherr Otto Ribell, Charlottenburg, Kocherstr. 4.

Desgleichen verhängen wir auch über die Firma Fritz Treiber, Panlow, Dorfstr. 22, die Sperre. Die Firma zieht ebenfalls 5 Proz. vom Tarif ab. Hier handelt es sich um den Bau Riffingen, Straße in Panlow. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1911.

In organisatorischer Beziehung wie auch in der Interessenvertretung der Berufsarbeiter hat der Verband ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Die Mitgliederzahl stieg von 41 303 auf 47 854; die Zahl der weiblichen Mitglieder erhöhte sich von 889 auf 1242. Die Rekrutierung hat gegen früher erheblich nachgelassen; bei über 15 000 Neuaufnahmen sind dem Verbandsverbande rund 40 Proz. der aufgenommenen Mitglieder verblieben, was immerhin als ein günstiges Resultat zu bezeichnen ist.

Zum erstenmal überstiegen die Einnahmen des Verbandes eine Million; insgesamt betragen sie 1 104 982 M. Demgegenüber steht eine Ausgabe von 942 625 M. Als außerordentlich große Posten stehen in den Ausgaben die Summen für Unterhaltungen. Die den Mitgliedern gezahlten direkten Unterhaltungen haben sich in dem Berichtsjahre außerordentlich erhöht, besonders infolge der vom letzten Verbandstag beschlossenen Verkürzung der Karenzzeit bei Bezug von Erwerbslosenunterstützung; es wurden 465,657 = 44,2 Prozent der eingezahlten Beiträge verausgabt, das sind rund 118 000 M. mehr als im Vorjahre. — Die Lokalkassen zahlten außerdem noch Unterhaltungen in Höhe von 46 304 M.

Außerordentlich groß war im Berichtsjahr die Zahl der Lohnbewegungen. Neben den Angriffsbewegungen zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen lief eine noch größere Zahl Abwehrbewegungen. Die Angriffsbewegungen erreichten die stattliche Zahl von 418, die sich auf 713 Betriebe mit 17 037 beteiligten Personen erstreckten; mit vollem Erfolg endeten 265, mit teilweisem Erfolg 138 Bewegungen, nur 17 endeten erfolglos. Abwehrbewegungen wurden nicht weniger als 554 geführt, in 385 Betrieben bei 5411 beteiligten Personen. Hieron hatten vollen Erfolg 307, teilweisen Erfolg 77.

Die weitestgehende Zahl der gesamten Bewegungen: von den Angriffsbewegungen 350 und von den Abwehrbewegungen 526, wurden im Wege der Verhandlungen erledigt. Eine solche große Zahl ohne Kampf erfolgreich erledigter Bewegungen ist immer ein Beweis, daß sich die Organisation Anerkennung und Respekt bei den Unternehmern verschafft hat.

Aber auch die Zahl der Streiks und Ausperrungen ist daneben noch erheblich: 68 Angriffsstreiks, 28 Abwehrstreiks und 7 Ausperrungen in 130 Betrieben mit 3319 beteiligten Personen waren auszufechten; davon waren erfolgreich 50, teilweise erfolgreich 18. Die hartnäckigsten Kämpfe entfielen auf die Mühlenindustrie, dort prangt das Scharfmachertum noch in seinem ganzen unangenehmen Fortschritt. Durch die Lohnbewegungen wurde für 16 543 Personen eine Lohnhöhung von durchschnittlich 2,12 M. pro Person und Woche erzielt; eine Arbeitszeitverkürzung wurde für 10 154 Personen mit durchschnittlich 3,8 Stunden pro Person und Woche erreicht. Ferner sind an besserer Bezahlung der Ueberstunden 11 836, der Sonntagsarbeit 12 661 Personen beteiligt, an sonstigen Verbesserungen 12 152. Erklärlicherweise waren an den Lohnbewegungen die Arbeiter in den Brauereibetrieben in größter Zahl beteiligt, in weiterem Abstand kommen dann die Arbeiter in den Mühlen, Malzfabriken, Biernebelbetrieben, Selterfabriken und Weinereien.

Sind so die organisatorischen Erfolge und die Ergebnisse auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfreulich, so kann dies auch von der Finanzlage der Organisation gesagt werden. Das Vermögen der Hauptkasse vermehrte sich um 162 357 M. und stieg auf 1 168 600 M., oder auf pro Mitglied im Jahresdurchschnitt von 24,00 M. auf 25,80 M.; unter Dinzugrechnung der Lokalkassenbestände erhöhte sich dieser Betrag auf 31,02 M.

Die Organisation war also recht rührig und steht finanziell zufriedenstellend da, so daß ihr auch in Zukunft weitere Erfolge nicht verweigert werden dürfen.

Organisationszerpflittern unter den Straßenbahnern in Rheinland-Westfalen.

Unter der Führung eines früheren Angestellten des christlichen Transportarbeiterverbandes namens Zander aus Köln hat sich in einigen Orten Rheinland-Westfalens eine neue Straßenbahnerorganisation gebildet. Wie bei solchen Sonderorganisationen üblich, dient als Lockmittel ein möglichst niedriger Beitrag. Er beträgt im Monat 50 Pf. für diesen Beitrag wird den Straßenbahnern nichts weniger als: Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, Sterbegeld und Rechtschutz versprochen. Auch die Kosten einer Zeitung, Beamtengehälter und sonstige Verwaltungsaufgaben sollen davon bestritten werden. Also bis auf Streik- und Gemahregelunterstützung, die im Statut nicht vorgezeichnet ist, wird so ziemlich alles versprochen, was unsere Gewerkschaften gewahren.

Schon in den konstituierenden Versammlungen machten mehrere Straßenbahner auf die Unmöglichkeit der Einlösung dieser Versprechungen aufmerksam. Allein der Appell an das „Standesbewußtsein“ der Straßenbahnbeamten, die mit den übrigen Transportarbeitern, wie den Fuhrleuten usw., nichts gemein hätten, verfehlte bei vielen seine Wirkung nicht. In Duisburg, Oberhausen, Köln und Essen schlossen sich einige hundert Straßenbahner dem neuen Organisationsgebilde an. Um diese nun zu halten und um neue Mitglieder zu bekommen, werden von den Machern, die sehr gut wissen, daß die wirtschaftliche Lage der Straßenbahner in Rheinland und Westfalen eine äußerst schlechte ist, und eine lebhaftige Stimmung unter den Angehörigen für eine Verbesserung der Dienstverhältnisse besteht, alle möglichen anderen Versprechungen gemacht. In den Versammlungen werden die radikalsten Reden geschwungen. Kommt es aber darauf an, die Interessen der Angestellten tatkräftig zu unterstützen, dann versagt diese Aushilfsorganisation vollständig.

Vor kurzem mahregelte die Duisburger Straßenbahndirektion einen Funktionär des neuen Verbandes. Notgedrungen mußte eine Zurücknahme der Mahregelung gefordert werden. Da die Direktion diese aber kurz ablehnte, streikten die Mitglieder des Verbandes 24 Stunden; der Streik endete mit einer vollständigen Niederlage der Angestellten. Unter anderem mußten sich die Wiedererlangten verpflichten, aus dem Verbandsverbande auszutreten. Später wurden in Essen kurz hintereinander drei Vorstandsmitglieder dieses Verbandes gemahregelt; aber von einem Eintritten für diese hat niemand etwas bemerkt. Diese gänzliche Ohnmacht versuchen nun die Machern durch neue bombastische Versprechungen zu verbergen. Die Essener Straßenbahner werden nämlich auf den 8. August vertrieben. An diesem Tage soll der Kaiser nach Essen kommen, um an der Dunderjahrfeier der Firma Krupp teilzunehmen.

Als Straßenbahnerorganisationen in der letzten Zeit haben bewiesen, daß diese nur von einer leistungsfähigen, starken Organisation geführt werden können und daß Organisationsgebilde wie der neue „Allgemeine Straßenbahnerverband“ im Ernstfälle an der Macht der Unternehmerorganisationen zerschellen müssen. Die Organisation, die heute bereits die weitestgehende Zahl der Straßenbahner in Deutschland vereinigt, ist der „Deutsche Straßenbahnerverband“, der eine Reichssekretion des „Deutschen Transportarbeiterverbandes“ ist. Nur in dieser finden die Straßenbahner eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen.

Die Sattler in der Autofabrik „Mathis“ in Straßburg im Elsaß haben nach zweimonatlichem Streik eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt. Die zehnstündige Arbeitszeit wurde auf 9½ Stunden pro Tag reduziert, die Stundenlöhne um 3—5 Pf. erhöht. Als Einstellungslohn gelten: für gelernte Wagenfahler im ersten Jahre nach der Lehre 45 Pf., nachher 50 Pf. pro Stunde. Selbständige Garnierer erhalten 60—65 Pf. Den Akkordarbeitern sind diese Löhne als Mindestlöhne garantiert. Die ersten zwei Ueberstunden werden mit 25 Proz., alle andere Ueberarbeit mit 50 Proz. Zuschlag vergütet. Die Akkordlöhne wurden um durchschnittlich 10 Proz. erhöht. Bei Neuansetzung von Akkordlöhnen wird den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht zugesichert, auch werden Differenzen im Betriebe mit dem Verhältnisausschuss, im besonderen Falle unter Hinzuziehung des Verbandsvertreter geregelt. — In der Münchener Reifeartikelindustrie haben die im Verbandsverbande der Sattler und Portefeulder organisierten Arbeiter den Unternehmern einen Tarifvertrag überreicht, der eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden pro Tag, Erhöhung der Löhne und Ferienabgabe vorsieht. — In den Hansi-Automobilwerken in Babel (Döberberg) stehen die Sattler in einer Tarifbewegung. — In der Wächener Treibriemenindustrie ist es zum Streik gekommen. Hier wird der Kampf gemeinsam mit den Christlichen geführt. — Die Sattelmacher und Geschirrsattler der Firma H. B. Schüge-Hannover stehen noch im Streik.

Die Militäreffektenfabrik von Moury in Offenbach ist für Sattler gesperrt. — Zugzug nach all diesen Dingen ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Der Kampf der Seelente in Antwerpen.

Brüssel, 18. Juli. (Fig. Ver.) Die Zeitung der Gewerkschaft der Seelente ist immer noch in Haft. Gestern ist neuerdings ein Streikender inhaftiert worden unter der Beschuldigung, die Herren Gelben bedroht zu haben, die jetzt in Antwerpen die jarteste gerichtliche und — selbstverständlich — Unternehmerfürsorge genießen. Vielen Arbeitern ist das Mitgliedsbuch ihrer Gewerkschaft vom Untersuchungsrichter zurückbehalten worden. Die Beschlagnahme der Mitgliedsbücher wie der Kontrollkarten der Streikenden soll praktisch die Auszahlung der Entschädigung der Streikenden unmöglich machen. Das Streikkomitee wird aber den Streikenden einfach auf Ehrenwort auszahlen und den Gewerkschaftsfeinden damit beweisen, daß die Solidarität der Arbeiter noch immer härter ist als die Vöswilligkeit und List jener. Die Akteuren, die die ganze Aktion gegen den „Zemansbond“ auf dem Gewissen haben, liegen und verleumben weiter. Die Frau des verhafteten Sekretärs wird auch die Verleumder verklagen. Aber auch die liberale Presse benimmt sich nicht besser. Ihre „antikerikale“ Bestimmung macht halt, wenn es sich, wie in diesem Fall, um Arbeiter handelt, die Opfer des Merkantilismus sind. Kein anklagendes Wort gegen das Gericht, gegen die schuldige Regierung, gegen den § 310, in dessen Namen man die angeblich bedrohte Freiheit der Arbeit schlägt und die Kämpfer des Proletariats hinter Schloß und Riegel scheidet. Donnerstag findet eine große Protestmanifestation in Antwerpen statt. Die Kampfstimmung unter den sozialistischen Seelenten ist durch die Vorgänge nur erhöht. Die Solidarität der Arbeiter erlaubt den Streikenden sogar Ausflüge auf der Scheide und demnach wird eine Gruppe von Streikenden eine Exkursion ins Museum machen, um die Bilder ihrer großen Landsmänner, der Rubens, Jordens, Watjns zu betrachten. . . . So ein Streik hat entschieden seine gute Seiten.

Letzte Nachrichten.

Ein österreichisch-russischer Grenzvorfall.

Krafsau, 17. Juli. (P. C.) An der österreichisch-russischen Grenze versuchte gestern ein russischer Grenzsoldat mehrere Personen gegen eine Gratifikation über die Grenze zu führen. Als dies der österreichische Grenzsoldat bemerkte, gab er einen Schuß auf den Kameraden ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Da sich nunmehr der erste Grenzsoldat erwidert sah, gab er ebenfalls einen Schuß auf seinen Kameraden ab, der diesen tödlich verletzte, worauf er sich durch einen Schuß aus seinem Dienstgewehr entleerte.

Die Kriegsgefangenen Italiens.

Rom, 17. Juli. (W. L. V.) Das Kriegsministerium hat eine Liste der Namen der ottomanischen Kriegsgefangenen, die seit Beginn der Feindseligkeiten gemacht worden sind, veröffentlicht. Es wurden insgesamt 88 Offiziere, von denen 24 ausgeliefert worden sind, 57 Unteroffiziere, 160 Korporale und 1435 Soldaten, von denen 2 ausgeliefert worden sind, gefangen genommen. Drei Korporale und 19 Soldaten sind während der Gefangenschaft gestorben. Die Gesamtzahl der Kriegsgefangenen, einschließlich der Ausgelieferten und Gestorbenen, beträgt 1741 Mann.

Im Solde Russlands.

Gettinsje, 17. Juli. (W. L. V.) In russischen Blättern wird behauptet, Rußland habe dem Fürsten und nachmaligen König Nikolaus von Montenegro seit 1875 eine Militärsubvention von 1 000 000 Rubel gezahlt, welche nicht den beabsichtigten Zwecken zugeführt worden sei. Von hiesigen maßgebenden Kreisen werden dem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ diese Behauptungen als der Wahrheit absolut nicht entsprechend bezeichnet und folgende Aufklärung gegeben: Die russische Militärsubvention wurde Montenegro erst von 1895 an gewährt und seitdem regelmäßig und präzis im Einvernehmen mit dem hiesigen russischen Militäragenten zur modernen Ausbildung des Heeres verwendet. Die früher gegebene kleinere russische Subvention wurde für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke ihrer Bestimmung entsprechend verwendet, immer aber im Einvernehmen mit den hiesigen russischen Vertretern.

Folgen der Unternehmerharnädigkeit.

New York, 17. Juli. (P. C.) Infolge des gegenwärtigen Baumwollarbeiterstreiks haben zwölf Baumwollspinnereien in New Bedford, Massachusetts, ihre Betriebe geschlossen. Durch diese Maßnahme sind 13 000 Arbeiter brotlos geworden.

Einführung ausländischen Fleisches.

Saarbrücken, 17. Juli. (S. V.) Die von der Stadtverwaltung Saarbrücken nachgesuchte Genehmigung zur Einführung ausländischen Fleisches in Saarbrücken ist vom Landwirtschaftsminister erteilt worden. Die Stadt hat für das ausländische einzuführende Fleisch einen besonderen Bau errichtet und hofft, eine wesentliche Verbilligung auf dem Fleischmarkt herbeizuführen.

Neues Todesopfer der Berge.

Innsbruck, 17. Juli. (P. C.) Rektor Professor Dr. Olschki aus Chemnitz ist am Großglockner tödlich verunglückt. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Aus Industrie und Handel.

Politik und Waffenhandel.

Der Waffenhandel mit Feuerwaffen hat in den gegenwärtigen unruhigen Zeiten verstärkte Bedeutung erlangt. Die deutschen Waffenfabriken haben nach dem „Vörien-Courier“ in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 10 066 Doppelzentner Feuerwaffen gegen 4029 Doppelzentner in der vorjährigen Korrespondenzzeit exportiert.

Table with 6 columns: Year (1907-1912), Export quantity (Doppelzentner), and Value (Millionen Mark).

In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres wurden 5165 Doppelzentner deutsche Feuerwaffen mehr als in der Parallelperiode von 1907 an den Weltmarkt gebracht.

Bergmann.

Als im Frühjahr die Bergmann-Elektrizitätswerke vor dem Siemens-Schuckertkonzern kapitulieren mußte, wurde von dieser Gruppe behauptet, es handle sich nur um eine finanzielle Hilfeleistung durch die Siemens-Schuckert, die Bergmann-Gesellschaft solle ein durchaus selbständiges Unternehmen bleiben.

Gerichts-Zeitung.

Pumpen und Schweinehunde.

Mit diesen und ähnlichen Schimpfwörtern belegte der konservative Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Froeblich aus Dünkendorf, Kreis Schweidnitz, die Lehrer und Beamten, die nach seiner Meinung an dem Durchfall des konservativen Freiherrn v. Nitzschhofen die Schuld haben sollten.

Der Prozeß ist ein kleiner Beweis dafür, wie konservativ die Lehrer einschätzen und behandeln, wenn sie gegen den konservativen Stachel lösen.

War der Polizeileutnant betrunken?

Diese Frage spielte eine nicht unwesentliche Rolle in einem Prozeß, der gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde.

Kleines feuilleton.

Ein geflügeltes Automobil. Ein neues Bewegungsmittel für den Betrieb von Kraftwagen hat Bertrand de Lesseps in diesen Tagen auf einer Probefahrt mit einem durch einen Flügel betriebenen Automobil erprobt. Seine Versuche, das Prinzip des Vogelfluges dem Mechanismus des Automobils dienstbar zu machen, begannen sich mit den Gedanken eines Herrn Filippi.

best wurde. Der Angeklagte, Kaufmann Karl Grunewald, hat Einspruch erhoben gegen eine polizeiliche Strafverfügung, welche ihm 6 M. Strafe zubilligt, weil er den Polizeileutnant Degener in der Ausübung seiner Amtshandlung belästigt und die Strafenordnung übertreten haben soll.

Der Angeklagte schildert den Vorgang, der den Anlaß zu dem Strafverfahren bot, so: Er stand mit einem Freunde nachts nach 2 Uhr auf dem Platz am Rosenthaler Tor. Da sah er einen Polizeileutnant in Uniform nebst zwei Damen und einem Herrn in Zivil über den Platz kommen.

Das ist die Angabe des Angeklagten, die auch von seinem Freunde, dem Zeugen Gebhardt, bestätigt wurde. Dieser Zeuge gab zunächst mit voller Bestimmtheit an, der Polizeileutnant — Degener ist sein Name — sei stark angetrunken gewesen und habe statt eines Mannes, der eine abfällige Bemerkung über den Leutnant machte, den Angeklagten, der sich an diesen Bemerkungen gar nicht beteiligte, sistiert.

Volkeithauptmann Scholber mußte von dem ganzen Vorgang nichts weiter, als was ihm Polizeileutnant Degener erzählt hat. Die Sistierung des Angeklagten durch den Polizeileutnant Degener hat sich nach dem Zeugnis des Volkeithauptmanns Scholber so ruhig und unauffällig vollzogen, daß er, obgleich er unmittelbar neben dem Leutnant ging, nichts davon bemerkt hat.

Folgt man der Zeugenaussage des Polizeileutnants Degener, dann war die Sistierung keineswegs so friedlich und unauffällig. Vielmehr hat sich der Vorgang so abgespielt: Hinter den beiden nebeneinandergehenden Polizeioffizieren folgten die Tochter des Hauptmanns und die Schwester des Leutnants.

Das war die friedliche und unauffällige Sistierung, von der Polizeihauptmann Scholber nichts bemerkt hat. Die beiden Damen tusten von dem Vorgang auch nichts weiter, als daß sie von einem Manne belästigt wurden und Polizeileutnant Degener darauf einen Mann sistiert hat.

Das Gericht hielt, gestützt auf die Aussage des Polizeileutnants Degener, für erwiesen, daß der Angeklagte denselben an einer Amtshandlung gehindert habe. Der Angeklagte wurde deshalb zu 6 M. Geldstrafe verurteilt, aber von der weiteren Beschuldigung, die Strafenordnung übertreten zu haben, freigesprochen.

Duchhandel“ berichtet darüber: Sieht man von den Waffischen ab, deren Kunstinteresse sich im wesentlichen nur auf — Schauspielerbilder erstreckt, so stehen die Rechtsanwältle, Kaufleute, Schriftsteller und Musiker in dieser Tabelle in bezug auf Kunstinteresse mit an der Spitze, während Schauspieler und Waler mit 0,80 und 0,20 Prozent recht wenig erfreuliche Zahlen liefern.

Ein neues Riesensferrohr. Der Kongreß der Republik Argentinien hat auf Empfehlung des Unterrichtsministeriums die Kosten für ein großes Spiegelteleskop bewilligt, das in der National-Sternwarte zu Cordoba aufgestellt werden soll.

Die Stimme des Blutes. Auf dem Frankfurter Bundeskongreß, alwo sie ihre Gewehre knallen ließen, senkte Prinz Heinrich den rauschenden Lauf und sagte folgende Rede aus: „Untertanen! Stammesbrüder und Träger des nationalen Gedankens — ihr seid die Jäger, ihr seid die Schützen eichennunlaubt, vaterländisch, gehorsam und überhaupt.“

Wer und im Geldverdienen will hören, der tut ja wohl nicht zu uns gehören! — Darum rufen Sie Hurra — ich bitte Sie — für Kaiser, Reich und Kompagnie! —

Plakereien mit dem Plakatgesetz.

1. „Wählt Haberland!“

Der Angeklagte Nemest war am Stichtag bis gegen 7 Uhr abends auf seinem Rade in Ratingen umhergefahren. Während dieser Fahrt hatte er vor dem Scheinwerfer der Radlaterne einen Zettel mit den Worten: „Wählt Haberland!“ so angebracht, daß die Worte auch während der Dunkelheit vom Publikum gelesen werden konnten.

Das Kammergericht bestätigte dieser Tage das Urteil als guttrefend.

2. „Wählt Friz Kunert!“

Ein weiterer Prozeß wegen Uebertretung des preussischen Preßgesetzes, der das in Halle a. S. herumgetragene Wahlplakat für Friz Kunert betraf, hatte dadurch noch ein Spezialinteresse, daß der sozialdemokratische Parteiführer Neumann, der sein Plakat getragen hatte, wegen Anstiftung zum öffentlichen Ausstellen eines unzulässigen Plakats mit angeklagt worden war und auch von der Strafkammer in Halle a. S. verurteilt wurde.

Das Kammergericht verwarf am Montag die Revision der beiden Angeklagten und führte aus: Die Bestimmungen des § 43 Absatz 4 und 5 der Generallandesordnung, welche Ausnahmen für die Wahlzeit hinsichtlich des Verteilens von Druckschriften zu Wahlzwecken zulassen, könnten den Angeklagten nicht zugute kommen, denn das Verteilen sei etwas ganz anderes wie das Auffhängen und Ausstellen.

Warum werden, wenn das Plakatgesetz zu Recht besteht, nur Sozialdemokraten und nicht Angehörige anderer Parteien, die ebenso gehandelt haben und täglich handeln, angeklagt? Sollen die Polizei und der Staatsanwalt solche Fälle nicht? Würden, wie es das Gesetz erheischt, alle Vergehen gegen das Plakatgesetz verfolgt, so würde bald das völlig zwecklos, nur Plaketeilen dienende veraltete Gesetz verschwinden.

Ein Prozeß wegen Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Der Geschäftsführer des „Frankischen Tagespost“ in Nürnberg Genosse Fenz hatte einen Strafbefehl über 3 M. erhalten, weil er ohne Erlaubnis der Polizei Lichtbilder erzeugt und dadurch die Strafen-Polizeiverordnung übertreten habe.

Die Strafkammer Nürnberg hat das freisprechende Erkenntnis jetzt mit der Begründung bestätigt, daß es sich hier nicht um die Erzeugung von Lichtbildern handle. Der Ausdruck „Lichtbilder“ sei keineswegs identisch mit beleuchteten Bildern.

Wer wird nur so mit dem Feuer spielen, Hobeit blieben besser bei Ihren Automobilen, denn erstensmal: dort bewundert man Sie, und zweitens: wir kennen die Melodie! — Gewiß: Sie sind schuldlos wie eine Blüte, das liegt nun einmal so in der Familie... Aber wir wünschen durchaus keinen Chor: das Solo kommt uns genügend vor. — Kurt.

Notigen.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Schauspielhaus gedenkt Direktor Will Nordau die Berliner Kasse älterer Zeit in ihrem ganzen Werdegang in der neuen Spielzeit in 12 Akten vorzuführen. Der Rahmen dieser Aufführungen soll historisch gestaltet werden.

Herr Bode, der Generalgouverneur unserer Igl. Museen und gleichzeitig Direktor des Kaiser-Friedrich-Museums, gedenkt nach seinem Leiblatt, dem „Lokal-Anz.“, von der letzteren Stellung zurückzutreten, um sich ganz seinen sonstigen Aufgaben zu widmen.

Ein Naturkuppel im Harz. Das Bestreben mehr sich der Natur, die man als Ganzes vor der Ausbreitung der kapitalistischen Zivilisation nicht retten kann, wenigstens in kleinen Teilen urwäldlicheren Charakter zu bewahren. Auch im Harz soll jetzt ein 2000 Morgen umfassendes Gebiet in der Nähe von Harzburg geschützt werden.

Ein Ordensmann als unfittlicher Maler. Zu welchen grotesken Szenen die Unfittlichkeitsschweiferei bisweilen führen kann, zeigt ein Vorkall, der sich an der Münchener Akademie der Künste abspielte. Unter den Schülerarbeiten, die wie alljährlich ausgeführt werden sollten, wurde ein weiblicher Akt inskribiert. Der Urheber des Bildes aber ist — Schmerz laß nach — ein malendes Mitglied des Reichskriegsministeriums und die Ursache war die Furcht vor einem Zentrumsabgeordneten, dessen Besuch drohte.

Henri Poincaré, wohl der bedeutendste französische Mathematiker von heute, ist im Alter von 68 Jahren in Paris gestorben. Seine Verdienste liegen besonders auf dem Gebiete der mathematischen Physik und der Himmelmechanik.

Ein ungeheurer Vormund.

Der Schankwirt Robert Wendig ersucht uns unter Bezugnahme auf den Gerichtsbericht in Nr. 161 des 'Vorwärts' mitzuteilen, daß er gegen das ihm verurteilende Erkenntnis Revision eingelegt hat.

Das Gericht ist anderer Ansicht als der Angeklagte gewesen und hat auf Grund der Beweisaufnahme Urteile für vorliegend erachtet.

Aus aller Welt.

New Yorker Polizisten als Mörder?

Auf die New Yorker Gesellschafts- und Polizeizustände wirft eine Affäre grelles Licht, die sich in der Nacht zum Mittwoch in New York abgespielt hat.

Das Tolle an der Sache aber ist, daß sich unter der Mörderbande mehrere Polizisten befunden haben sollen! Der Distriktsanwalt erklärte nämlich, daß Rosenthal um Schutz gebeten habe, da er befürchtete, von Polizeibeamten ermordet zu werden.

Ob man nun die Mörder entdecken wird? Oder ob man, um noch ärgeren Skandal zu vermeiden, die Sache nicht am Ende ausgeben lassen wird, wie das Hornberger Schließen.

Gründen. Ein Grund — und den scheint der Fall Rosenthal wieder einmal scharf beleuchten zu wollen — liegt in der Tatsache, daß gewisse Polizeielemente selbst, wie der Amerikaner sich ausdrückt, 'a finger in the pie' — einen Finger im Kuchen stecken haben.

Eine Weile hindurch wurde es besser. Aber das ist lange her; Roosevelt ging, Goff ging, Tammany kam wieder und bald war alles im alten Fahrwasser.

Nun gibt es natürlich auch andere Elemente in der New Yorker Polizei; man darf ruhig annehmen, in der weit überwiegenden Mehrzahl Männer, die nur zu gern ihre Pflicht erfüllen würden.

Der gefasste Fall muß dabei schon ein recht schwieriger sein. Sonst wird der Verbrecher glatt freigesprochen. Der betreffende Magistrat kann sich eine Verurteilung nämlich 'nicht leisten'.

Typhusepidemien.

Die Typhusepidemie in Witten hat an Umfang in erschreckendem Maße zugenommen. In den Witterer Hospitälern liegen ungefähr 280 Erkrankte. Täglich werden neue Typhusfälle festgestellt.

Auch in Dresden und Umgegend sind bereits 70 Typhuserkrankungen festgestellt worden.

Ein französischer Flieger ermordet.

Als ob nicht die Aviatik selbst genug der Opfer forderte, rafften jetzt auch seltsame Unglücksfälle die tüchtigsten der französischen Aviatiker hinweg.

Durch die Wahnfinsternis eines Trunkeboldes ist die französische Aviatik eines ihrer besten Flieger beraubt worden.

Bereits vielfach vorbestraft ist, auf den gerade des Weges kommenden Aviatiker Henri Jourdan und verlegte ihn durch mehrere Respektstöße so schwer, daß er bereits wenige Minuten darauf starb.

Millionär-Überwitz.

Zum Kapitel von dem geradezu verbrecherischen Luxus, der von amerikanischen Millionären getrieben wird, wird ein neuer Beitrag beigezeichnet.

In San Francisco wurde kürzlich die Hochzeit von Miss Jennie Crocker mit Malcolm Whitman gefeiert, welche von den Zeitungen als das 'glänzendste und berückendste Ereignis' bezeichnet wird.

So werden Hunderttausende in sinnloser Leppigkeit vergeudet, während es auch in den Vereinigten Staaten Millionen von Menschen gibt, die dem nackten Elend preisgegeben sind!

Kleine Notizen.

Postkutsch auf der Mosel. Am Dienstagabend sank auf der Mosel bei Rertert in Luxemburg ein mit zehn Trierer Bäckereimeistern und dem Führer besetzter Kahn, der infolge der Dipe unrichtig geworden war.

Unglücksfälle in Bayern. Bei Wähldorf erkrankte der Bürgermeister Johann Amann beim Baden. In Reustadt (Oberpfalz) kam der Glasbleicher Vohr beim Baden ums Leben.

Tödlicher Abzug eines Berliner Arztes. Innsbruck, 17. Juli. Der Stabsarzt Dr. Richard Geige aus Berlin ist an der Ebernaglwand im Binschgau abgestürzt.

Ein Luftmord. In Genf fanden am Dienstag Kinder, die in der Kure badeten, einen verhängten Sack. Als man ihn öffnete, machte man eine graufige Entdeckung.

Zusammenstoß zweier Jäger. Tarascon, 17. Juli. Heute vormittag 10 Uhr stießen bei Tarascon ein von Avignon kommender Personenzug und der Schnellzug Marseille-Vorbourg zusammen.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Köpenicker Viertel, Dez. 196 I.

Sozialdemokrat. Wahlverein Wilmersdorf. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß unser Mitglied, der Schneider Paul Fiedler

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Hermann Radicke

Max Wegener, Lichtenberg, Kronprinzenstraße 3.

Allen Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser herzenguter Vater und einziger Bruder, der Fleischbeschauer Paul Fiedler

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Durch den Tod ist uns eines unserer Mitglieder, der Kollege Paul Fiedler

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschl. Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41.

Am 15. Juli verstarb unerwartet mein inniggeliebter, herzenguter Mann und Vater Eduard Schwesinger

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer Ortsvorw. Berlin 3, Gesundbrunnen.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin. Am 15. Juli starb unser Mitglied, der Bauarbeiter Hermann Leutner

Danfagung. Für die überaus zahlreiche Beteiligung und schönen Kranzleiden bei der Beerdigung meines leider so früh dahingegangenen Mannes Amandus Drefke

Zentralverband der Dachdecker Verwaltungsstelle Berlin. Heute Donnerstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal I):

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Filiale Berlin. Bureau: Reichsstraße 28, part. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4787.

Sterbekasse ehem. Pfingsther Arbeiter (Hebelsche Kasse). Sonntag, den 28. Juli 1912, vormittags 9 1/2 Uhr pünktlich:

Heinrich Franck Tel.: Amt Ndn 4352. Brunnenstraße 22. 8 bis 7 Uhr geöffnet. Neuer Einkauf: Mexiko-Decke.

Den „Vorwärts“-Lesern gewähre Rabatt. Riesenlager echter Perser Teppiche

Gardinen-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin, Oranienstr. 158

Abgepaßte Fenster, weiß und crème p. Fenster 2 3/4-60 M.

Achtung! Java-Sumatra hell, reinfarbig, kreideweiß brennend mit 1 1/2 Pfd. deckend per Pfund verzollt 3 M.

MANOLI Kardash

No. 61 La Maloja

eine vorzügliche **63 Cigarre**

Neu eingeführt:
Fehlfarben-Sortimente
in besonders preiswerten Mischungen

Fortuna	10 St.	60 Pf.
Hansa	10 St.	75 Pf.
Excelsior	10 St.	1,00 M.

J. Neumann Cigarren-Fabriken
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Erfrischungsgetränke

denen der Saft der Früchte zugesetzt ist, bilden an warmen Tagen ein beliebtes und nicht zu entbehrendes Labfal, doch ist die Verwendung der Früchte durch Auspressen zu umständlich u. kostspielig. Dem ist nun auf leichte Art mit den so beliebten u. bereits millionenfach gebrauchten Reichel'schen Limonaden-Strap-Extrakten abgeholfen. Dieselben enthalten das volle edle Fruchtaroma u. ergibt eine Flasche 5 Pfd. Limonaden-Sirup von Raumtemperatur Qualität und reinstem Fruchtgeschmack in Himbeer, Rirch, Erdbeer, Zitronen, Grenadine, Ametia usw. — Originalflasche 75 Pfennig. Zur Probe 1/4 Flasche 40 Pfennig.

Jede ökonomische Frau wird von der Einfachheit der Bereitung und der großen Billigkeit überrascht sein, denn 1 Pfd. stellt sich u. fertig auf nur 25 Pf., wodurch es jedermann möglich ist, täglich köstliche Limonaden, Budings und Flaumen zu genießen.

Gen. gesch.

Erfichtlich in den bekannten Drogerien, die „Original-Reichel-Essenzen“ führen, wenn ausnahmsweise nicht, wende man sich an die Fabrik **Otto Reichel**, Berlin 50., Eisenbahnstr. 4, Fernspr. Mpl. 4751, 4752, 4753. Vor untauglichen Nachahmungen wird dringend gewarnt! Man nehme nur die echte Marke „Lichtstrahl“, denn diese ist einzig und altbewährt — Ausführliches illustriertes Rezeptbuch: „Die Destillierung im Haushalte“ gratis.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen **Geeststraße** beim **Alten Freund**.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar,

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN

in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Vorwärts-Zigaretten
geheißt geföhrt.
Neue Qualitäten! Für 2 Pf.
Das Beste der Gegenwart!
Nur echt mit den beiden roten Fahnen!

Warnung vor Nachahmung
des echten gesetzl. gesch.
Kapitän-Kautabaks
dringend geboten.

Jedes einzelne Stück wird nur verpackt und mit Aufschrift: „Kapitän-Kautabak“ geliefert.

Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 119.

Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons, jetzt nur	4.95
schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke und breite Fassons, jetzt nur	5.95
eleg. Lackstiefel mit Wildleder-Kinastren, schwarz u. grau, jetzt nur	6.75

Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreau mit Lackkappe, jetzt nur	4.25
braun Chevreau Derby-Lackkappe, jetzt nur	4.75
schwarz Derby, große Oesen, Lack, jetzt nur	4.95
braun Chevreau I. Derby mit Lackkappe, jetzt nur	5.75
Lack-Halbschuhe amerikanische Fassons	5.95

Levinsohn's

Sensationell billiger
Schuhwaren-Saison-Ausverkauf

Rosenthaler Str. 40-41

Prompter Versand nach außenhalb
Hackescher Markt = Bahnhof Börs
Sandalen u. Fernschube spottbillig

Herrn-Stiefel

schwarz Kindbox-Schnurstriefel, breite Fassons, kräftiger Strapsenstiefel, auch Zug und Schnalle, jetzt nur	5.95
schwarz Chevreau-Schnurstriefel mit Lack, schlanke und breite Fassons, jetzt nur	6.95
schwarz Lackstiefel mit Wildleder-Kinastren, orig. amerikan. Fassons, jetzt nur	8.95

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapazierstiefel	20-24	25-26	27-30	31-35
	1.55	2.95	3.25	3.75
braun, mit Lack, Normalfassons	21-24	25-26	27-30	31-35
	2.95	3.45	3.75	4.25

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 18. Juli 1912.

Prater. D diese Berliner.

Urania. Geföhrt. Königgrätzer Straße. Die fünf Franzfurter.

Kurfürstentoper. Der Langantw. Neues. Der liebe Augustin. Berliner. Große Hofinen. Sa. = Charlottenburg. Das Konzert.

Thalia. Autolleben. Metro. Schwindelmeier u. Co. Apollo. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Dresdener Victoria-Sänger. Wintergarten. Spezialitäten.

Reising. Vergnügungsbelle. Neues Schauspielhaus. Schwester Schäfer. 1. Klasse. Südpolbau. Ein Königreich m. d. S. Neues Operetten. Partettig Nr. 10. Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Die feulche Salome. Hofe. Die Tragödie einer Ehe. Hofes Cabrice. Berliniana-Orchestrale.

Kleines. Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Kravatte. Königstadt-Kasino. Spezialitäten.

Admiralpalast. Eisballett: Jovonne.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Babr. Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.
Abends 8 Uhr:
Große Hofinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 6 Frankfurter.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Gastspiel Helene Stiehm:
Die Tragödie einer Ehe.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Vor der Gartendüne:
Juhu! So ist erwidert! Or. Revue.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von H. Freund. Musik von H. Nelson. U. a. Tänze v. B. Schiffop. In Szene gesetzt vom Dir. H. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Voigt-Theater.
Geimdbäumen Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
Or. vom Ausstattungsbild m. Tanz und Gesang in 5 Akten.
Neue Beleuchtungseffekte usw. usw. u. d. große Spezialitäten-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Deutscher Tabakarbeiterverband
Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 27. Juli 1912,
in der **Brauerei Friedrichshain** (vormals Lippe):

Großes Sommerfest
Konzert • Vorträge • Ball

Apollo-Sänger :: Hutmacher-Gesangverein
Exzellentes Programm. Riesen-Doppelkino. Kinderbelustigungen.
Kaffeeküche von 2 Uhr an geöffnet.
Eintrittspreis inkl. Tanz 50 Pf. Billetts auch an der Kasse.
Regen Zuspruch erwartet **Das Komitee.**

Neue Welt

Amerikanischer Vergnügungspark
mit **großem Gala-Feuerwerk.** Mühlenbrand am Genfer See i. J. 1763. Pyrotechniker E. Nisland.
Konzert und Spezialitäten-Vorstellung. Vollständig neues Juli-Programm. Hochinteressante Attraktionen. **Eintritt 50 Pf.**
Sonnabend, den 20. Juli: Sommerfest der Ortsvereine der Maschinenbau- u. Metallarb. Groß-Berlins. Feuerwerk.

R. Voigts Krampenburg
vis-a-vis Schmöckwitz.
Täglich: **Extra-Dampferfahrten: vormittags 9 und nachmittags 2 Uhr, von der Jannowitz- und Waisenbrücke.** 87922*

Reichshallen-Theater.
Gastspiel der berühmten Dresdener **Victoria-Sänger.**
Anfang Wochenabends 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich: **Großes Militär-Doppelkonzert.** Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Sensationeller Lacherfolg!
Clown Alf. Daniels mit seinen Pirlschpähnen.
Ada Pagini Regl. Kammerdirtuofin, und
10 weitere große Attraktionen.

Restaurant zum Wasserturm Falkenberg bei Grünau.
Sonnabend, den 20. Juli:
Gr. Sommernachtsball, Gesangsaufführungen, Künstlerkonzert
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree frei. Es ladet ergebenst ein Gottfr. Schäfer.

Hagenbeck's Indien
Tempelhofer Feld.
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
150 Indier.
Maori Selloth's **Löwen- und Tigergruppe.**
Ohne Extra-Entree!

Königstadt-Kasino.
Edle Holzmartli- u. Alexanderstr.
Som 16. Juli 8 Glanznummern bis 1. August:
und **„Die weiße Dame“** Schwanf mit Gesang.

LUNA PARK
Sonnabend, den 20. Juli:
*** Elitetag. ***
Feuerwerk.
(Deichmann & Gallwitz.)
Sonntag Volkstag.
30 Pf. Kinder frei!

IKLA
Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.
Die größte Ausstellung lebender Naturwunder von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des **Passage-Panoptikums.**
Eintritt, alles inkl. 50 Pf. Kinder, Sold. 25 Pf.

Für den Inhalt der Zueratz übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

URANIA

SALONOEL
DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

NUR
 der volle Name
URANIA-SALONOEL
 (gesetzlich geschützt)

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische Sicherheits-petroleum der
DEUTSCH-AMERIKANISCHEN PETROLEUM-GESELLSCHAFT
 zu erhalten. Größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr.

**DAS BESTE LICHT
 ZUR SCHONUNG
 DER AUGEN.**

Man achte auf nebenstehende Plakate, welche die Verkaufsstellen anzeigen.

URANIA

SALONOEL
DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

JOSETTI

JUNO
2 H

CIGARETTEN

Haben Sie Stoff?
 Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schnell, dauerhaft, Latzen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neus Promenade 5, II. (Stadth. Börs.)

Erfinder

verlangt vor der Patentanmeldung gratis die Schrift: „Wie muß eine Erfindung für die Verwertung beschaffen sein?“ Ziv.-Ing. Jaeger, Dr. Breslauer, Berlin SW. 61. 208/8*

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (einschließlich fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

30 bis 40 Prozent Rabatt Vorwärts. Leinen, Teppiche, Gardinen, jetzt fabrikhaft billig. Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik.
Gardinen, Robrtstoffe, Fenster 1,65, 2,35, 2,85, 3,50, 4,50, 6,25 usw.
Totalüberkauf von ange-schmuggelten Gardinen, Stores, Bett-decken, Kissen billig. Große Frank-furterstr. 125.
Küchlergardinen, Garnitur 3,85, 4,75, 5,95, 6,65 usw.
Leinen, Tuchportieren, Garnitur 2,85, 3,65, 4,95, 5,50, 6,75, 7,85 usw.
Tuchportieren 5,65, 6,75, 7,85, 9,85 bis 30 Mark. Robrtstoffe Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik.
Teppichdecken, Vorwand 2,85, 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 9,35, 9,75, 11,50.
Schlafdecken 0,95, 1,25, 1,65, 2,25, 2,85 bis 35 Mark.
Teppichdecken 3,75, 4,25, 5,65, 7,50, 8,85, 9,75 usw.
Tuch- und Tischdecken mit feinen Mustern, in allen Farben, ungläublich unter Preis.
Divandecken 3,75, 4,50, 5,45, 6,85, 8,50 bis 30 Mark.
Möbelstoff, Läufer, Anleumreste fabrikhaft billig. E. Weihenbergs Gar-dinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125, im Hause der Möbel-fabrik. 17018*

Leppiche (Gardinen), Stroh-decken, Gardinen, Inventurverkauf, 10 Prozent Rabatt. Rauerdon, Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Monats-Garderoben-Haus ver-kauft kostbillig wenig getragene Jacketanzüge, Gehrockanzüge, Smo-kinganzüge, Frackanzüge, Weinstelber, Prinzengasse 28, eine Treppe. Bitte auf Hausnummer zu achten. 15808*

Entgehendes Material- und Ge-müßgeschäft in Reußlin preiswert veräußert. Offerten P. 100, Filiale dieses Blattes, Siegfriedstr. 4.
Restoration ist wegen Ueber-nahme eines Grundstücks sofort zu verkaufen. Schwedler, Utrecht-str. 6. 188

Zigaretten-Geschäft. Neues, Ge-gründet 1903, Nähe Bahnhof Ger-mannstr. 1500 Mark, große Woh-nung, Ware nach Inventur 1. Ok-tober. Agenten werden. Offerten R. W., Spedition Siegfriedstr. 4.
Möbel.
Wädel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Verpfändung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppen-str. 4. (Zehlener Bahnhof).
Unglaublich billig können Ver-kaufte ihre Wohnungseinrichtung jetzt kaufen. Wegen Umbau und Ver-größerung meiner Lageräume bis 30 Prozent Preisermäßigung. Nur soweit Vorrat bis 15. August er. R. Hirschow, Stallgerstr. 25, an der Hochbahn. Kostenloser Lagerung.
Wädelhaus Andreadplatz. Braut-leute, Möbelkäufer, kaufen jetzt be-deutend billiger, enorm riesige Aus-wahl. Besichtigung lobend. Andread-str. 25, neben Wegner. 17788*

Wädel-Verkauf. Heunantz, 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbel-haus auf Kredit und gegen bar. Anzahlungen ab 10 Mark und Raten 20, 30, 50, 75, 100, 150, 200 usw. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Bequemere Zahlungs-arten, die ihr Konto begünstigen haben, eventuell ohne Anzahlung. Ferner Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmern, bunte Küchen in großer Auswahl. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Aus Wunsch Vertreter. Sonntags von 8-10 ge-öffnet. 15598*

Wädel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gede schon Stufe und Stufe. An jedem Stück bewährter Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft W. Goldstand, Joffenstr. 33, Ecke Gneisenaustr. 29018*

Zu unseren Speiserräumen lassen lagender Schlafzimmern, Speise-zimmern, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Kücheneinrichtung, Einzel Möbel, gelangen zum spottbilligen Ver-kauf. Keiner darf solche günstige Kaufgelegenheit verkümmern. Rame-ling, Rosentempelstr. 56, Ecke Wein-bergsweg und Bräudenstr. 6 (Dannowbrücke), Laden. 24345*

Wädel! (Fleiderballe) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn. Hadercher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Gardinen! Teppichdecken! Portieren! Fabrikhaft! außerordentlich billig! Vorwärtsleier 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hadercher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet.
Vorwärtsleier erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Ge-legenheitskäufen. Teppich-Thomas, Rosenbierstr. 64 und Dronen-str. 120. 17648*

Geschäftsverkäufe.
Total, fähers Brotstelle, Brauerel-hilfe sofort M. R., Petersburger-str. 4, Bornstr. 10, 107.
Restoration, gutgehend, ver-mittelt, Kaffeehaus, Vereine. Kaufhaus Rosenauerstr. 47, Lokal. 199
Wädelgeschäft krankheitswegen ver-äußert. Haderstr. 17, Zigaretten-geschäft. 12008*

Wädel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gede schon Stufe und Stufe. An jedem Stück bewährter Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft W. Goldstand, Joffenstr. 33, Ecke Gneisenaustr. 29018*

Wädel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gede schon Stufe und Stufe. An jedem Stück bewährter Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft W. Goldstand, Joffenstr. 33, Ecke Gneisenaustr. 29018*

Wädel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gede schon Stufe und Stufe. An jedem Stück bewährter Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft W. Goldstand, Joffenstr. 33, Ecke Gneisenaustr. 29018*

Wädel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gede schon Stufe und Stufe. An jedem Stück bewährter Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft W. Goldstand, Joffenstr. 33, Ecke Gneisenaustr. 29018*

Wädel! Für Draufleute günstige Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit feinsten Anzahlung gede schon Stufe und Stufe. An jedem Stück bewährter Preis. Ueberverteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Möbelgeschäft W. Goldstand, Joffenstr. 33, Ecke Gneisenaustr. 29018*

Partei-Angelegenheiten.

Groß-Lichterfelde. Das Volksfest des Wahlvereins findet Sonntag, den 21. Juli, in Waldendorfs Gesellschaftshaus, Wäsestr. 7, statt.

Zehlendorf (Wanneseebahn). Sonntag, den 21. Juli, findet ein Familienausflug nach Wannsee statt.

Alt-Gieselsd. Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 Uhr, findet die Fortsetzung der Generalversammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn Wigandky, Rudower Straße, statt.

Rosenhof (Wilhelmsruh). Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 2 Uhr, wird in Rosenhof auf dem Grundstück des Herrn Kabeitz an der Windmühle, Hauptstr. 84, eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten.

Dierzu werden am Freitag, den 19. Juli, von 7 Uhr abends an Hauszettel von den bekannten Lokalen aus verbreitet.

Trebzin. Sonnabend, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthofe „Zum grünen Baum“ (Gleide): Wahlvereinsversammlung.

Berliner Nachrichten.

Von Erkner zum Stahlberg und Ucker-See.

In der Nähe von Berlin gibt es kaum ein landschaftlich schöneres und interessanteres Gebiet wie die Gegend um Erkner. Genügende Ausflüge bieten sich dort mancherlei, einmal über die Kranichsberge nach Rübendorf und Strausberg, dann an der Vöcknitz hin der Sunkette folgend, die sich nordöstlich bis nach Nagel und Kienbaum erstreckt oder auch nach Westen zum Dameritz-See und den Gosener Bergen.

Frühmorgens fahren wir mit einem der halbständlich verkehrenden Vorortzüge nach Erkner hinaus, durchwandern das Städtchen und folgen dann einem Wege, der an der Bahn hin in der Richtung nach Jangschleufe führt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

auf den Hauptteil, die im Bau befindliche Terrasse, ist jetzt der gesamte Schillerpark dem Publikum geöffnet. Es ist erfreulich, daß man die südl. Parkhälfte schon in diesem Sommer freigegeben hat, obwohl hier die Wege noch nicht ganz in Ordnung und vorerst nur wenige Kutschbänke aufgestellt sind.

Die Liste der stimmfähigen Bürger Berlins wird in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli d. J. an den Wochentagen von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr, an den Sonntagen von vormittags 9 bis nachmittags 1 Uhr, im Wahlbureau Poststraße 16 II - Zimmer 57 - zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei dem in der Aktlegestelle anwesenden Beamten erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

vorhanden wäre und dies auf der anderen Seite bei Rühndorf steht. Der Besitzer des Sees, der in Seddin wohnt, habe nicht nötig ein Schild, das doch 6 M. koste, anbringen zu lassen. Hier auf ging es mit verdecktem Wagen zum Großen Seddin-See. Aus gütwilliger Stellung wurde derselbe beobachtet, um auch dort eventuelle Lebeläster zu erwischen, was den Spähern hoffentlich nicht gelungen ist.

Der Besitzer der Seen wohnt in Seddin, der See liegt auf Rühndorfer Gebiet und die Jagd auf Erholungsjüngende wird sechs Mann hoch von der Weitzer Stadtpolizei betrieben. Drei Mann in Uniform, zwei Aufscher und ein Krimitteckträger durchziehen in holder Eintracht das Gebiet zwei Meilen von der Stadt Weitz entfernt, um das Geesrecht eines einzelnen zu schützen, der nicht nötig hat Schilder anzubringen, weil sie 6 M. kosten. Interessant wäre es zu erfahren, wer die Kosten der Expedition trägt. Die Stadtpolizisten werden aus der Stadtkasse bezahlt und sind unseres Erachtens nach zum Schutze der Weitzer Bürger da. Was haben sie auf Rühndorfer Gebiet zu suchen? Haben sie in Weitz nichts zu tun, so soll man ihnen Urlaub geben, damit sie sich erholen können. Wer bezahlt den Wagen? Jedenfalls ist es sehr eigenartig, wie hier Jagd auf erholungssuchende Menschen betrieben wird. Die Weitzer Stadtpolizei notiert die Badenden und dann stellt der Seebesitzer Antrag auf Strafverfolgung. Wänt der Seebesitzer den Erholungsbedürftigen das harmlose Vergnügen nicht, so soll er dies an den Zugangswegen zur Kenntnis bringen. Dann weh es jeder und kann sich danach richten. Wird dann dagegen verstoßen, so soll man offen dagegen vorgehen. Aber gegen diese verdeckten Jagden muß protestiert werden. Sie sind nicht einmal der Polizei würdig.

Auslobung.

Die eigenartige Annahme des Rechtsanwalts Oedered ihm stehende von Rechtswegen „zweifellos“ ein Recht auf die zur Wiederbeschaffung der unterschlagenen Summe ausgelobte Belohnung von 4000 M. zu, er habe sie aber der Mutter seines Klienten überlassen, hat vielfach die Frage angeregt, ob und wann man denn eine auf Ergründung eines Delinquenten oder auf Herbeischaffung einer unterschlagenen Summe, auf Niederringen eines anderen oder auf Vornahme irgend einer anderen Handlung ausgegebene Belohnung zu beanspruchen habe. Der § 357 B. G. B. sagt hierüber kurz: „Wer durch öffentliche Bekanntmachung eine Belohnung für die Vornahme einer Handlung, insbesondere für die Herbeiführung eines Erfolges, aussetzt, ist verpflichtet, die Belohnung demjenigen zu entrichten, welcher die Handlung vorgenommen hat, auch wenn dieser nicht mit Rücksicht auf die Auslobung gehandelt hat.“ Den Wortlaut kann danach der Rechtsanwalt Oedered für seine „zweifellose“ Ansicht in Anspruch nehmen, nicht minder aber sein Klient, der Defraudant. Schon das hätte den Anwalt stutzig machen sollen. Und in der Tat ist die „zweifellose“ Ansicht des Verteidigers ganz „unzweifelhaft“ völlig falsch. Für den Auslobungsvertrag gelten dieselben Grundsätze wie für alle anderen Verträge, so der, daß ein Vertrag nichtig ist, der und soweit er gegen das Gesetz oder gegen die guten Sitten verstößt. Gegen beides verstößt es, dem, der eine Unterschlagung begangen hat, für die Rückgabe der unterschlagenen Summe eine Belohnung zu versprechen. Denn solches Versprechen wäre eine strafbare Verhängung der Unterschlagung selbst, also eine gegen das Gesetz verstoßende Handlung, und ein Verstoß gegen die guten Sitten, weil solcher Vertrag dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden widerspricht. Die Auslobung hat also trotz des Wortlautes keine Gültigkeit dem Unterschlagenden gegenüber, ebensowenig seinem Verteidiger, der in diesem Falle nur als Beauftragter des Täters handelt. Es gehört schon mehr als ein Durchschnittsformaljuristendum dazu, aus dem § 357 ein Recht auf die Auslobungssumme für den Täter oder seinen Verteidiger abzuleiten. Wie mit dem Verteidiger und Täter steht es auch mit dem Staatsanwalt, dem Richter oder dem Polizeibeamten, durch dessen pflichtmäßiges Vorgehen etwa eine unterschlagene Summe herbeigeschafft ist. Denn auch hier würde in dem Annehmen der Annahme der ausgelobten Belohnung ein gröblicher Verstoß gegen die guten Sitten und gegen das Strafgesetz liegen, da Beamte, die für eine nicht pflichtwidrige Handlung Belohnung annehmen, strafbar sind. Solche Belohnungen für Polizeibeamte sind allerdings schon gezahlt. Wir erinnern an die 8000 M., die die Rühndorfer wegen der besonderen Anstrengung der Schubleute aus Anlaß des 1. Mai 1900 zahlten und die der Polizeipräsident verteilt ließ. Das war, wie auch in der Presse und im Reichstage leinereit dargelegt wurde, eine objektiv strafbare Handlung des Polizeipräsidenten. Wenn er auch aus unbekannt gebliebenen Gründen nicht angeklagt wurde, so wird dadurch die strafrechtliche Qualifikation jener Tat nicht beseitigt. Genau so steht es, wenn Polizeibeamte ausgelobte Belohnungen für Ergründung von Dieben annehmen. Solche Belohnungen kommen freilich vor. Kurzzeit schwört in Helgoland ein Streit über eine Auslobungssumme, die teilweise an Polizeibeamte ausgezahlt ist.

Das Reichspostamt über die Desinfektion der Fernsprechanlage. Neben die Desinfektion der Fernsprechanlage sind gedankte Bestimmungen in die Dienstvorschriften aufgenommen worden. Bei den Vermittlungsstellen und öffentlichen Sprechstellen sind die Fernsprecher und Mikrophone täglich mit einem Mittel zu desinfizieren, das vom Reichspostamt besonders vorgeschrieben ist. Zuerst ist der Staub zu entfernen. Dann wird der Schalltrichter des Mikrophons, die Hörmuschel und der Handgriff des Hörers mit einem Lappen, Schwämmchen oder einem Stück Filterpapier abgerieben, die mit dem Desinfektionsmittel angefeuchtet sind. Diese Desinfektion kann bei den Vermittlungsstellen auf die Apparate beschränkt bleiben, die von verschiedenen Personen benutzt werden. Aber auch die Apparate, die bestimmten Beamten zum persönlichen Gebrauch übergeben sind, müssen von Zeit zu Zeit desinfiziert werden. Insbesondere soll dies dann geschehen, wenn die Inhaber wechseln. Die Fernsprechanlage, die aus dem Betriebe zurückgezogen werden, sind möglichst bald nach Abnahme zu desinfizieren. Auf alle Fälle hat dies vor der Weitergabe oder vor der Aufnahme in das Lager zu geschehen. Die Personen, die mit der Reinigung und Desinfektion der Apparate bei den öffentlichen Sprechstellen beauftragt sind, haben darauf zu achten, daß die Sprechstellen auch in allen übrigen Teilen den Anforderungen der Reinlichkeit genügen. Im Interesse der Wirtschaftlichkeit werden diese Vorrichtungen nach Möglichkeit mit dem Austausch der Geldbehälter verbunden.

Englische Studenten beschäftigt gestern verschiedens sädliche Einrichtungen, so das Märkische Museum, das Rathaus, wo ihnen ein Imbiss gereicht wurde, und das sädliche Obdack.

Vom Bräutigam ermordet. Aus Alt-Landsberg wird gemeldet: Auf seinem zwiiden Eide und Felleredorf befindlichen Roggenfelde fand der Gutbesitzer Paul Lindemann ungefähr 50 Meter vom Wege entfernt beim Roggenwägen eine stark in Verwesung übergegangene Leiche einer erwachsenen Frau. Durch die an der Handstelle vorgefundene Handtasche mit Portemonnaie und Taschentuch wurde die tote als das seit Pfingsten vermählte Dienstmädchen Anna Zimmermann festgestellt. Dienstagmitten traf die Leichenschau-Kommission aus Alt-Landsberg an der Stelle ein und nahm den Leichensack auf. Das Mädchen trug leichte Kleidung und eine gelbliche weiße Bluse, wahrscheinlich die Kleidung, mit der sie zu Pfingsten ein Tanzvergnügen besuchte. Um den Hals war der eigene Gürtel des Mädchens gefaßungen und so fest mit Doppelnoten zusammengeknüpft, daß unzweifelhaft der Tod durch Erdrosseln von fremder Hand herbeigeführt erschien. Die Zimmermann hatte nun einen Bräutigam, den 24 Jahre alten Arbeiter und Aufscher Wilhelm Krust

